IZA COMPACT

Die Zukunft der Arbeit denken

www.iza.org

Oktober 2011

# IZA Prize 2011 für Migrationsforscher George Borjas und Barry Chiswick

## Preisträger unterstreichen Notwendigkeit von selektiver Zuwanderungspolitik

Bereits zum zehnten Mal verlieh das IZA im August 2011 seinen renommierten IZA Prize in Labor Economics, den weltweit wichtigsten Wissenschaftspreis in der Arbeitsmarktforschung. Die diesjährigen Preisträger *George J. Borjas* (Harvard University) und *Barry R. Chiswick* (George Washington University) haben mit ihren wegweisenden Arbeiten die ökonomische Analyse von Migrationsbewegungen und den Auswirkungen von Immigration auf die Gesellschaften der Aufnahmeländer maßgeblich geprägt. Das IZA-Preiskomitee verweist in seiner Begründung zudem auf den hohen Praxisbezug der Arbeiten beider Wissenschaftler und die besondere Aktualität ihrer Forschungsschwerpunkte vor dem Hintergrund wachsender internationaler Arbeitsmobilität (vollständiger Wortlaut der Preisbegründung auf Seite 3).

Nach Festveranstaltungen in Berlin, Bonn, Washington und Denver fand die Preisverleihung erstmals in der norwegischen Hauptstadt Oslo statt. Dort waren Ende August zahlreiche Ökonomen aus aller Welt zur Jahrestagung der European Economic Association (EEA) und dem Econometric Society European Meeting (ESEM) zusammengekommen. Die norwegische Arbeitsministerin *Hanne Bjurstrøm* begrüßte die Wahl Oslos als Ausrichtungsort der IZA-Preisverleihung, übermittelte ihre Glückwünsche an die Preisträger und würdigte die Beiträge des IZA zur Erforschung der globalen Arbeitsmärkte.

Im Vorfeld des Festakts stellte *Andrew J. Oswald* (Senior Advisor Research, IZA) die neu erschienenen Beiträge zur IZA Prize Book Series vor, in der das IZA in Kooperation mit Oxford University Press die wichtigsten Forschungsergebnisse seiner Preisträger versammelt. Allein in diesem Jahr sind mehrere Neuerscheinungen auf den

IZA-Preisträger George Borjas und Barry Chiswick mit IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann

» In dieser Ausgabe

**THEMENSCHWERPUNKT MIGRATION**

**PUNKTESYSTEM FÜR DEUTSCHLAND**
Das IZA hat einen detaillierten Vorschlag für eine aktive Steuerung der Arbeitsmigration nach Deutschland vorgelegt. Seite 4

**INTEGRATION IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH**
Eine IZA-Studie deckt Defizite bei der Integration von Zuwanderern in der EU auf. Seite 7

**ILLEGALE MIGRATION**
Ein IZA-Forschungsprojekt untersucht Ursachen und Mechanismen des internationalen Menschenhandels. Seite 7

**EXPERTENTAGUNG IN WASHINGTON**
Im Verlauf des achten Annual Migration Meetings des IZA wurden aktuelle Fragen der Migrationsforschung kontrovers diskutiert. Seite 8

**VERHALTENSÖKONOMIE**
Vorgegebene Standardwerte beeinflussen das menschliche Entscheidungsverhalten. Seite 11

**IZA RICHTET EALE 2012 AUS**

Vom 20. bis 22. September 2012 wird das IZA in Bonn Gastgeber der Jahreskonferenz der European Association of Labour Economists (EALE) sein. Die größte europäische Ökonomentagung findet damit erstmals seit 1999 wieder in Deutschland statt. IZA und EALE bereiten ein hochkarätiges Konferenzprogramm für mehrere hundert Teilnehmer aus aller Welt vor. Bis zum 1. Februar 2012 können Forschungsarbeiten zur Präsentation eingereicht werden.

▶ www.iza.org/eale2012

Markt gekommen, weitere Bände stehen kurz vor der Veröffentlichung. Auch die frisch geehrten Preisträger Borjas und Chiswick werden für die IZA Prize-Buchreihe exklusiv ihre zentralen Studien zu den Determinanten des Integrationserfolgs von Zuwanderern und den Aspekten einer aktiven Steuerung des Zuzugs von Fachkräften zusammenfassen.

IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* begrüßte die geladenen Gäste der Preisverleihung und hielt die Laudatio auf die Preisträger. Er verwies dabei unter anderem auf die starken Bezüge zwischen den Forschungsarbeiten von Borjas und Chiswick und den Aktivitäten des IZA auf diesem Fachgebiet. Chiswick zählt zu den besonders eng mit dem IZA kooperierenden Arbeitsökonomen und koordinierte überdies bis 2011 den IZA-Forschungsschwerpunkt Migration. Zahlreiche Studien von IZA-Wissenschaftlern sind in Fragestellung und Methodik nicht zuletzt von den wegweisenden Arbeiten Chiswicks und Borjas' beeinflusst. „Das IZA hat beiden Grandseigneurs der Migrationsforschung viel zu verdanken. Ihre durchaus streitbaren Arbeiten sind eine stete Quelle der Inspiration für Wissenschaft und Politik", so Zimmermann.

Richard Portes, George Borjas, Amanda Goodall, Barry Chiswick, Christopher Pissarides

Als amtierender Präsident der EEA sprach auch *Christopher A. Pissarides* (London School of Economics) zu den Gästen der Veranstaltung. Gemeinsam mit *Dale T. Mortensen* hatte er schon 2005 den IZA-Preis erhalten, bevor beiden Ökonomen im vergangenen Jahr auch der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen wurde. Ihr vor wenigen Monaten publizierter Teilband der IZA Prize-Buchreihe ist ihre erste gemeinsame Veröffentlichung nach Annahme des Nobelpreises. Pissarides nahm zudem gemeinsam mit Borjas und Chiswick an einer von IZA Senior Research Associate *Amanda H. Goodall* moderierten Diskussionsrunde zu künftigen Fragestellungen der Migrationsforschung teil. Als Vertreter des IZA-Preiskomitees war außerdem *Richard Portes* (London Business School; Präsident, CEPR) auf dem Podium vertreten.

Die Diskussion verdeutlichte die großen Herausforderungen für die Migrationsökonomie gerade angesichts der wachsenden Bedeutung von intelligenten Steuerungsmechanismen zur Bewältigung von Fachkräftemangel und demografischem Wandel. Erst jüngst hat sich das IZA hierzu mit der Erarbeitung eines konkreten Vorschlags für ein Punkte-Auswahlsystem für Deutschland klar positioniert (siehe Beitrag auf Seite 4). „Das IZA möchte mit der Würdigung der Lebenswerke von Borjas und Chiswick zugleich auch ein Signal zur weiteren Intensivierung von Forschungsarbeiten auf diesem immer wichtigeren Teilgebiet der Arbeitsökonomie setzen. Die Bestandsaufnahme der aktuell praktizierten internationalen Zuwanderungsmodelle zeigt, dass es hier allgemein noch deutlichen Verbesserungs- und Beratungsbedarf gibt", resümierte Zimmermann.

Ein kurzes Video zur IZA-Preisverleihung in Oslo ist online abrufbar:

▶ www.youtube.com/user/IZABonn

Der IZA Prize 2012 wird im Rahmen der nächsten Jahrestagung der European Association of Labour Economists (EALE) verliehen, deren Gastgeber das IZA in Bonn sein wird.

## IZA Prize Book Series

*Dale T. Mortensen*
*Christopher A. Pissarides*
Job Matching, Wage Dispersion, and Unemployment
ISBN 978-0-19-923378-6

*Richard Layard*
*Stephen J. Nickell*
Combatting Unemployment
ISBN 978-0-19-960978-9

*Richard A. Easterlin*
Happiness, Growth, and the Life Cycle
ISBN 978-0-19-959709-3

*David Card*
*Alan B. Krueger*
Wage, School Quality, and Employment Demand
ISBN 978-0-19-969338-2

*Edward P. Lazear*
Inside the Firm
Contributions to Personnel Economics
ISBN 978-0-19-969339-9

*Pedro N. Teixeira*
Jacob Mincer
A Founding Father of Modern Labor Economics
ISBN 978-0-19-921131-9

*Orley C. Ashenfelter*
Labor Policy Evaluation and the Design of Natural Experiments
(erscheint 2012)

*Francine D. Blau*
Gender Inequality
(erscheint 2012)

*Richard B. Freeman*
Making Europe Work
(in Vorbereitung)

*George J. Borjas*
*Barry R. Chiswick*
Immigration and the Labor Market
(in Vorbereitung)

# Preisbegründung des IZA-Preiskomitees

In Anerkennung ihrer fundamentalen Forschungsbeiträge zur ökonomischen Analyse von Migration wird der IZA Prize in Labor Economics 2011 an George J. Borjas (Harvard University) und Barry R. Chsiwick (George Washington University) verliehen. Mit ihren wegweisenden Arbeiten haben Borjas und Chiswick die ökonomische Beurteilung von Migrationsbewegungen, der Integration von Immigranten sowie der Auswirkungen von Immigration auf die Arbeitsmärkte und Sozialsysteme der Aufnahmeländer entscheidend voran gebracht. In einer Zeit weltweit wachsender Mobilität, in der Unterschiede in der einzelstaatlichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktleistung unmittelbaren Einfluss auf das Wanderungsgeschehen nehmen und Antworten der Migrationspolitik erfordern, liefern die Erkenntnisse von Borjas und Chiswicks Wissenschaft und Politik wertvolle Einsichten in die Mechanismen von Migration und Integration. Das Werk beider Ökonomen zeichnet sich durch anregende Fragestellungen, überzeugende theoretische und empirische Analyse und einen starken Politikbezug aus.

Barry R. Chiswick gilt seit seiner bahnbrechenden Studie „The Effect of Americanization on the Earnings on Foeignborn Men“, die 1978 im Journal of Political Economy veröffentlicht wurde, als Pionier der ökonomischen Analyse von Immigration. Indem er den Stellenwert von Humankapital in das Zentrum seiner Messungen von Immigranteneinkommen stellte und den Integrationserfolg von Immigranten mit dem Instrumentarium intuitiv verständlicher ökonomischer Regeln evaluierte, lieferte er den Analyserahmen für die spätere Forschung über die ökonomischen Anpassungsprozesse bei Immigranten. Chiswicks großes Verdienst ist es, den Bereich der Migrationsforschung durch seine Forschungsarbeiten zu einem vollwertigen und bis heute besonders innovativen Bereich der Arbeitsökonomie aufgewertet zu haben. Seine Studie von 1978 bildete den Ausgangspunkt für eine grundlegende Diskussion über den Arbeitsmarkterfolg von Immigranten relativ zu Einheimischen und dessen Einflussgrößen. Der von ihm entwickelte Humankapitalansatz erlaubt ein besseres Verständnis der Relevanz von Ausbildungserfolgen von Immigranten, Unterschieden in der Assimilation zwischen ethnischen Gruppen sowie der Konzentration von Immigranten in bestimmten Berufszweigen.

In gleicher Weise wie Chiswick zählt auch George J. Borjas zu den großen Pionieren der ökonomischen Migrationsforschung. Seine wegweisende Studie „Assimilation, Changes in Cohort Quality, and the Earnings of Immigrants“, veröffentlicht 1985 im Journal of Labor Economics, lieferte erstmals Aufschluss über die Wirkung unterschiedlicher Charakteristika von Immigranten auf die Geschwindigkeit der ökonomischen Anpassungsprozesse und Einkommensangleichung. Durch einen Vergleich verschiedener Zuwandererkohorten konnte er zeigen, dass erst Längsschnittstudien anhand entsprechender Datensätze zuverlässige Aussagen über den Integrationserfolg zulassen und die Identifikation von der Eingliederung besonders zuträglichen Kriterien gestatten. Schon seine frühe Studie lieferte dabei Aufschluss über den hohen Stellenwert von Qualifikation und Spracherwerb für eine nachhaltige ökonomische Assimilation. Ebenso wie Chiswick unterstreicht Borjas damit, wie maßgeblich die Gestaltung von Migrationspolitik Einfluss auf die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern nehmen kann.

Der Bedeutung von Sprachkenntnissen für den Integrationserfolg von Migranten hat auch Barry R. Chiswick große Aufmerksamkeit im Verlauf seiner Forschungstätigkeit gewidmet. Er entwickelte ein umfassendes theoretisches Analysemodell, das er im weiteren Verlauf mit den Arbeitsmarktdaten zahlreicher Länder erfolgreich empirisch anwandte. Sein wichtiges gemeinsames Buch mit Paul W. Miller „The Economics of Language“ (2007) hat zu einem verbesserten Verständnis der Bedingungen und Auswirkungen von Spracherwerb und Integrationsprozessen von Einwanderern geführt. Anhand der empirischen Verknüpfung von linguistischem Kapital und sozialem Aufstieg unterstreicht Chiswick die Bedeutung von Bildung und Sprachkenntnissen für die sozioökonomische Mobilität.

George J. Borjas hat die Migrationsforschung um Fragestellungen bereichert, die für die Evaluation der Auswirkungen von Migration und eine aktive Gestaltung der Migrationspolitik gleichermaßen wichtig sind. So richtete sich sein Forschungsinteresse insbesondere darauf zu ergründen, wie Immigranten die Bevölkerung des Aufnahmelandes beeinflussen und welche Bevölkerungsgruppen dabei potenziell besonders starken Einflüssen unterliegen. Seine empirischen Beobachtungen haben einen sehr viel differenzierteren Blick auf diese Fragen ermöglicht. Borjas' grundlegende Beiträge bieten einen kohärenten theoretischen und empirischen Rahmen, in dem Wohlfahrts- und Verteilungseffekte von Zuwanderung untersucht werden können. Nicht zuletzt seine einflussreichen Bücher, darunter der Band „Heaven's Door: Immigration Policy and the American Economy“ (1999), haben dazu beigetragen, dass Migration mittlerweile auf der politischen Agenda vieler Länder weit oben steht.

Der immense Beitrag beider Forscher liegt auch in ihrem empirischen Scharfsinn und tiefem Verständnis der verwendeten Daten. Sie warfen Fragen über die Aussagekraft vorhandener Daten auf, entwickelten neue Analysetechniken und stellten die Bedeutung hochqualitativer Daten auf Mikroebene für die Untersuchung wichtiger politischer Themen heraus. George J. Borjas und Barry R. Chiswick haben mit ihrem Werk und dessen innovativen Ansätzen weltweit Nachfolger gefunden und neue Studien angeregt. Ihre Arbeit war ein Vorbild für viele Wissenschaftler und darüber hinaus die Basis für ein rasantes Wachstum des öffentlichen Interesses an der ökonomischen Migrationsforschung. Der IZA Prize in Labor Economics würdigt das Werk zweier außergewöhnlicher Wissenschaftler, die unser Wissen um einen der wichtigsten Bausteine der modernen Arbeitsmärkte vertieft haben.

Prof. George A. Akerlof
*University of California, Berkeley; IZA*

Dr. Marco Caliendo
*IZA*

Prof. Richard Portes
*London Business School; CEPR*

Prof. Jan Svejnar
*University of Michigan; IZA*

Prof. Klaus F. Zimmermann
*IZA; Universität Bonn*

# Den europäischen Arbeitsmarkt stärken – Fachkräfte-Zuwanderung aktiv steuern

## IZA entwickelt umfassendes Punktesystem für Deutschland

Europa steht vor großen Herausforderungen, die die Arbeitsmärkte zentral betreffen. Krisenhafte Entwicklungen etwa in Griechenland, Spanien oder Portugal stehen im Kontrast zu eher günstigen Arbeitsmarktperspektiven in Skandinavien und zur Zeit vor allem auch in Deutschland, wo die mutigen Reformen der jüngeren Vergangenheit greifen. Gegenwärtig besteht die Gefahr, dass eine dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit wie in Spanien und Griechenland die Zukunftsaussichten einer ganzen gut ausgebildeten Generation dort massiv eintrübt. Selbst rasch eingeleitete Arbeitsmarktreformen würden ihre Chancen erst mittelfristig aufhellen. Umgekehrt werden gerade in Deutschland Fachkräfte sowohl mit hoher akademischer Qualifikation als auch im mittleren Qualifikationssegment allmählich knapp. Dies unterstreicht einmal mehr die große Bedeutung von Arbeitsmobilität innerhalb der Europäischen Union. Eine bessere grenzüberschreitende Verteilung von Fachkräften kann einen maßgeblichen Beitrag zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandorts EU leisten und diejenigen Staaten von Arbeitslosigkeit entlasten, die von der Eurokrise derzeit besonders betroffen sind.

Die deutsche Bundesagentur für Arbeit hat mit ersten Initiativen zur Gewinnung von Fachkräften aus den Krisenstaaten den richtigen Weg eingeschlagen. Es geht nicht darum, Griechenland, Spanien oder Portugal seiner „besten Köpfe" zu berauben, sondern dafür zu werben, dass junge Menschen vorübergehend in Deutschland arbeiten, statt in der Heimat arbeitslos zu sein. Das Instrument der Arbeitnehmerfreizügigkeit allein reicht, wie die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, nicht aus, um Arbeitsmobilität im hinreichenden Umfang zu fördern. Traditionell ist die Bereitschaft zu grenzüberschreitender Mobilität unter Westeuropäern eher gering, und hinzu kommt im Falle Deutschlands die Sprachbarriere. Auch das starke Nord-Süd-Wohlstandsgefälle im Europa der 1960er Jahre hätte ohne die massiven Anwerbeaktionen Deutschlands kaum zu einem intensiven Gastarbeiterzuzug geführt. Deshalb ist es rational, wenn Unternehmensverbände und Bundesagentur nun auch vor Ort um qualifizierte Zuwanderer werben, über die attraktive Arbeitsmarktkonstellation in Deutschland informieren und dabei auch die Möglichkeiten des Spracherwerbs aufzeigen. Sinnvoll wäre es überdies, wenn die EU endlich länderübergreifende Online-Stellenbörsen einrichten würde, um die erheblichen Informationsbarrieren zu überwinden.

Wenn auf diese Weise die Arbeitsmobilität innerhalb der alten EU zunehmen würde, wären davon im Sinne einer besseren Ressourcenallokation deutliche grenzüberschreitende Wohlfahrtsvorteile zu erwarten. Zugleich würde dem Risiko entgegen gewirkt, dass sich junge Südeuropäer aufgrund schlechter Perspektiven für einen noch größeren Schritt entscheiden und Europa in Richtung der klassischen Einwanderungsländer verlassen. Für die künftige wirtschaftliche Entwicklung in der EU ist es von erheblicher Bedeutung, die Abwanderung der „eigenen" Fachkräfte zu vermeiden und sich gleichzeitig verstärkt als Zielregion für qualifizierte Zuwanderer aus Drittstaaten zu etablieren.

### Transparentes Auswahl- und Quotensystem

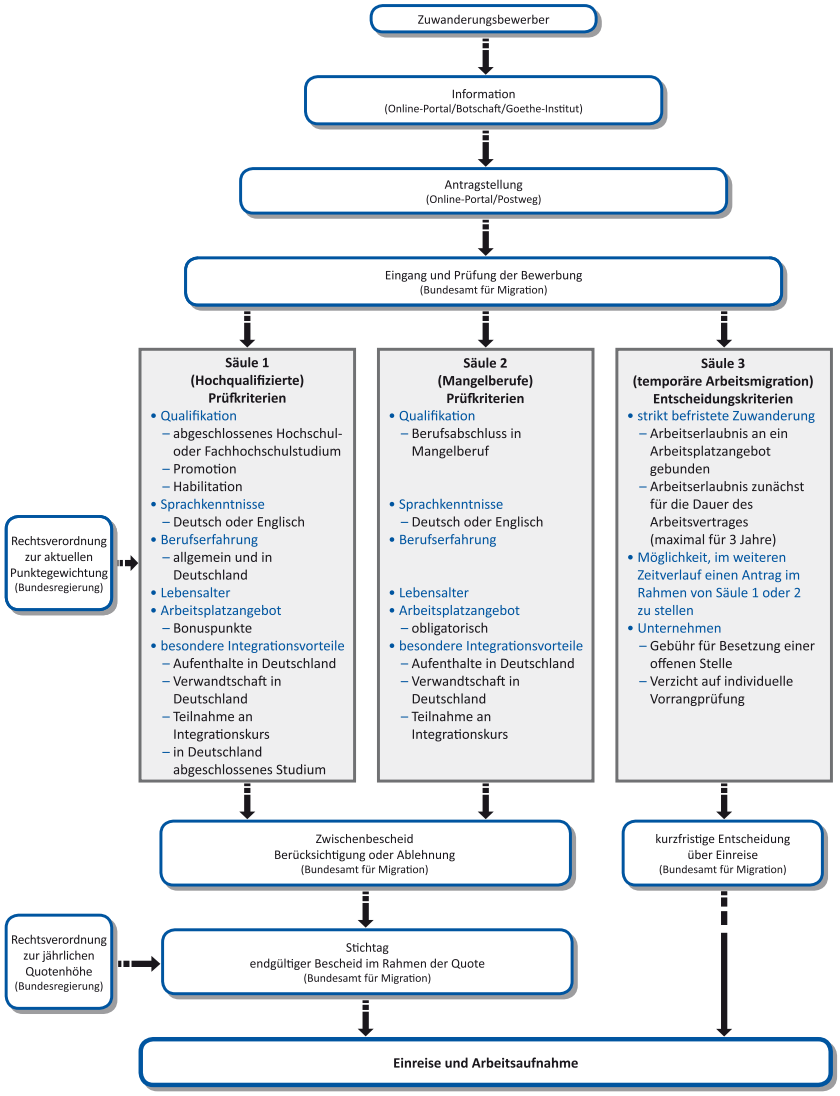
Deutschland ist gut beraten, auch in letzterer Hinsicht die Initiative zu übernehmen. Ein etwaiger zusätzlicher Zuzug von EU-Bürgern wird das durch den demografischen Wandel hervor gerufene Knappheitsproblem kaum lösen. Der Bedarf an qualifizierter Zuwanderung wird in den kommenden Jahren ohne entsprechende Politikmaßnahmen mit hoher Wahrscheinlichkeit weit jenseits der tatsächlichen Zuzugszahlen liegen. Hinzu kommt, dass die gegenwärtige deutsche Zuwanderungspolitik keine Auswahl von Zuwanderungsbewerbern anhand von Qualifikationsmerkmalen und anderen Kriterien zulässt. Mit anderen Worten: Weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht wird Zuwanderung unter den gegenwärtigen Bedingungen einen substanziellen Beitrag zur Linderung des Fachkräftebedarfs leisten können. Die Akzeptanz der Zuwanderungspolitik leidet ferner unter mangelhafter Berechenbarkeit – der Umfang der Zuwanderung wird eben nicht gesteuert, und damit fehlt eine verlässliche Einschätzung darüber, wie viele Zuwanderer innerhalb eines Zeitraums einreisen.

Deshalb plädiert das IZA seit Jahren nachdrücklich dafür, die deutsche Zuwanderungspolitik durch die Einführung eines transparenten und berechenbaren Auswahl- und Quotensystems für qualifizierte Zuwanderer stärker an ökonomischen Gesichtspunkten zu orientieren. Auf diese Weise kann auch stark schwankenden wirtschaftlichen Konstellationen gezielt Rechnung getragen werden. Im Auftrag des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Freistaats Sachsen hat das IZA hierzu ein umfassendes Konzept entwickelt. Eine Differenzierung zwischen permanenter und temporärer Arbeitsmigration ist Ausgangsbasis des vom IZA entwickelten Systems. Die Arbeitsmärkte sind zunehmend von schwankenden Bedarfslagen gekennzeichnet, die Bedeutung befristeter Wanderungsentscheidungen nimmt zu, und es treten neue Formen von Ketten- und zirkulärer Migration auf. Es ist deshalb ein Konzept erforderlich, das permanente und temporäre Arbeitsmigration in einem separaten Verfahren regelt, um den unterschiedlichen Anforderungen an die jeweilige Zielgruppe gerecht zu werden. Wesentlicher Bestandteil des Systems muss das Bestreben sein, Hochqualifizierte mit akademischer Ausbildung und Fachkräfte der mittleren Qualifikationsstufen zu gewinnen. Auf beiden Ebenen ist zukünftig mit wachsenden Engpässen zu rechnen, die das Bildungssystem nicht wird auffangen können. Gleichzeitig muss das Konzept darauf hinwirken, einfach qualifizierte oder ungelernte Arbeitsmigration aus Drittstaaten stark einzuschränken oder zu vermeiden.

Die traditionellen Einwanderungsländer Australien und Kanada verfügen über einen großen Erfahrungsschatz bei der Strukturierung und kontinuierlichen bedarfsorientierten Anpassung von Punktesystemen für Zuwanderer. In ihrer derzeitigen Ausgestaltung werden die Systeme beider Länder nicht ausschließlich zur Steuerung langfristiger Zuwanderung eingesetzt, sondern beinhalten teilweise Elemente zur Deckung eines kurzfristigen Zuwanderungsbedarfs aufgrund berufsspezifischer Nachfrageüberschüsse nach Arbeitskräften. Obwohl auch Australien und Kanada in mancher Hinsicht vor die Problematik defizitärer ökonomischer Integration gestellt sind, ist dies insgesamt in weitaus geringerem Maße der Fall als in Ländern mit ungesteuerter Zuwanderung.

Neben den klassischen Einwanderungsländern geht inzwischen auch eine wachsende Zahl von EU-Staaten dazu über, die eigenen volkswirtschaftlichen Interessen stärker in den Fokus ihrer Zuwanderungspolitik zu rücken und sich dabei auch die Vorteile von Auswahlsystemen für Zuwanderer zunutze zu machen. So verfügt etwa Großbritannien inzwischen über ein

Verfahrensablauf im Drei-Säulen-Modell




*Quelle:* IZA Research Report No. 35

mehrgliedriges Punktesystem, das andere bis dahin geltenden Zuwanderungsmöglichkeiten abgelöst und einen noch stärkeren ökonomischen Akzent gesetzt hat. Die Tatsache, dass aufgrund ungünstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen Teile des Modells zwischenzeitlich erneut reformiert oder ausgesetzt worden sind, spricht dabei nicht gegen das Konzept an sich, sondern unterstreicht die Flexibilität solcher Systeme. Zum Juli 2011 ist auch in Österreich ein Auswahlsystem für Zuwanderer in Kraft getreten, das deutliche Erleichterungen für den Zuzug von Einwanderern mit höherer und mittlerer Qualifikation vorsieht, wobei für letztere Gruppe eine auffallend schlanke und unbürokratische Form der Identifikation von Mangelberufen beabsichtigt ist.

Europäische Initiativen wie zuletzt die Blue Card können eine aktiv gestaltende deutsche Zuwanderungspolitik nicht ersetzen. Nicht zuletzt auf deutsches Betreiben ist die Blue Card in ihrer Attraktivität schon vor Einführung stark beschnitten worden und richtet sich jeweils nach dem geltenden nationalen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrecht. Sie stellt damit faktisch keine wesentliche Verbesserung des europäischen Zuwanderungsrechts dar. Ein deutscher Vorstoß in Richtung eines Punktesystems würde auch der notwendigen Stärkung der Europäischen Union als Zielregion für gesuchte Fachkräfte neue Impulse geben.

## Drei-Säulen-Strategie für dauerhafte und befristete Arbeitsmigration von Fachkräften

Den Kern des IZA-Modells bildet eine Drei-Säulen-Strategie (siehe Abbildung ▲). Die erste Säule zielt auf die Steuerung der Zuwanderung Hochqualifizierter ab. Diese Gruppe verfügt über flexible und übertragbare Qualifikationen und Fähigkeiten, die vor dem Hintergrund einer sich schnell wandelnden Wissensgesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnen, aber gleichzeitig auch eine hohe ökonomische und damit auch soziale Integrationswahrscheinlichkeit implizieren. Deshalb kommt es bei dieser Zielgruppe nur nachgeordnet auf berufspezifische Kenntnisse oder ein Arbeitsplatzangebot an. Die Punktevergabe im Rahmen dieser Säule gewichtet allgemeines Humankapital und eine akademische Ausbildung vergleichsweise hoch. Das Angebot richtet sich dabei auch an ausländische Absolventen deutscher Hochschulen, an deren Verbleib im Land ein überragendes Interesse besteht.

Die zweite Säule ermöglicht und steuert die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte, die unterhalb der akademischen Qualifikation rangierende Ausbildungsabschlüsse und Fähigkeiten mitbringen, für die ein mittel- bis langfristiger Bedarf bzw. Engpass zu erwarten ist. Die Akzentuierung der Punktevergabe weist deutliche Unterschiede zur ersten Säule auf: So erhalten etwa berufsspezifische Qualifikationen in gefragten Berufsfeldern ein relativ hohes Gewicht. Außerdem wird hier ein konkretes Arbeitsplatzangebot verlangt, um Fehlsteuerungen zu vermeiden.

In beiden Fällen honoriert das vorgeschlagene Punktesystem nicht nur deutsche Sprachkenntnisse, sondern schafft auch die Möglichkeit, mit guten Englischkenntnissen im Auswahlverfahren erfolgreich zu sein. Der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse findet in diesem Fall über die obligatorische Teilnahme an Integrationskursen statt, die gegenüber heute stärker auf die Belange des Arbeitsmarktes zugeschnitten werden müssen.

Das Konzept des IZA sieht ferner zwei Schwellenwerte vor und unterscheidet sich damit von international praktizierten Punktesystemen. Der niedrigere, international aber doch eher hoch angesetzte Schwellenwert (60% der maximal möglichen Punkte) gibt eine Mindestpunktzahl vor, ab der überhaupt erst ein Zuwanderungsprüfverfahren in Frage kommen kann. Ein Rechtsanspruch auf Einreise ist damit nicht verknüpft. Die Genehmigung der Zuwanderung richtet sich vielmehr nach Maßgabe einer regelmäßig vorzugebenden Höchstquote. Innerhalb dieser Quotierung kommen jeweils nur die besten Bewerbungen zum Zug; nicht erfolgreiche Bewerbungen können im Rahmen der nächsten Quote gegebenenfalls erneut berücksichtigt werden.

Neu ist ein zweiter, sehr hoch angesetzter Schwellenwert: Diejenigen Bewerber, die diesen Wert (80% der Maximalpunktzahl) überschreiten, erhalten ein sofortiges Daueraufenthaltsrecht, weil ihre Leistungs- und Integrationsfähigkeit besonders hoch zu bewerten ist.

## Vorschlag für eine Punkte-Auswahlsystem

### *Säule 1: Hochqualifizierte*

| | |
|---|---|
| **(1) Qualifikation (Bildungs-/Berufsabschluss)** | **30 bis 50 Punkte*** |
| Abschluss eines Hochschul- oder Fachhochschulstudiums (B.A./B.Sc.) | 30 Punkte |
| Abschluss eines Hochschul- oder Fachhochschulstudiums (M.A./M.Sc.) | 35 Punkte |
| Promotion, Ph.D. (oder äquivalenter Abschluss) | 40 Punkte |
| Habilitation (oder äquivalenter Abschluss) | 50 Punkte |
| **(2) Sprachkenntnisse** | **bis zu 10 Punkte**** |
| Gute bis sehr gute Deutschkenntnisse (mind. B1) | 10 Punkte |
| Grundkenntnisse der deutschen Sprache (mind. A2) | 5 Punkte |
| Gute bis sehr gute Englischkenntnisse (mind. B2) | 5 Punkte |
| **(3) Berufserfahrung** | **bis zu 10 Punkte** |
| Mindestens 9-monatige Berufserfahrung in Deutschland | 10 Punkte |
| Berufserfahrung (pro Jahr) | 2 Punkte |
| **(4) Lebensalter** | **bis zu 10 Punkte** |
| Altersgruppe 21-39 Jahre | 10 Punkte |
| Altersgruppe 40-49 Jahre | 5 Punkte |
| **(5) Arbeitsplatzangebot** | **10 Punkte** |
| Nachweis eines Arbeitsplatzangebotes in Deutschland | 10 Punkte |
| **(6) besondere Integrationsvorteile** | **bis zu 10 Punkte** |
| Abschluss eine Studiums in Deutschland | 10 Punkte |
| Lebenspartner: Einreise nach Deutschland | 5 Punkte |
| Qualifikation des Lebenspartners | bis 5 Punkte |
| Frühere oder derzeitige Aufenthalte in Deutschland | bis 5 Punkte |
| Verwandtschaft in Deutschland | bis 5 Punkte |
| Erfolgreiche Teilnahme Integrationskurs | 5 Punkte |
| **Maximal erreichbare Punktzahl** | **100 Punkte** |
| **Schwellenwert 1 (Zulassung zum Verfahren)** | **60 Punkte** |
| **Schwellenwert 2 (sofortiger Daueraufenthalt)** | **80 Punkte** |

* Im Bereich Qualifikation sind mindestens 30 Punkte zu erreichen, um in Säule 1 berücksichtigt zu werden. Die Bewertung äquivalenter ausländischer Abschlüsse wird sich in Zukunft – mit deren fortschreitender Implementierung – verstärkt an den Maßstäben des Europäischen Systems zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen (ECTS) und am Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) orientieren können. Derzeit erscheint die zuverlässige Anwendung der teils noch in der Umsetzung befindlichen Vergleichsmaßstäbe jedoch noch problematisch.

** Die Klassifizierung des Sprachniveaus orientiert sich am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER).

### *Säule 2: Qualifizierte Fachkräfte*

| | |
|---|---|
| **(1) Qualifikation (Berufsabschluss in Mangelberuf)** | **15 bis 35 Punkte*/**** |
| Abgeschlossene Berufsausbildung in Mangelberuf: Dringlichkeit AA | 30 Punkte |
| Abgeschlossene Berufsausbildung in Mangelberuf: Dringlichkeit A | 25 Punkte |
| Abgeschlossene Berufsausbildung in Mangelberuf: Dringlichkeit B | 20 Punkte |
| Abgeschlossene Berufsausbildung in Mangelberuf: Dringlichkeit C | 15 Punkte |
| **(2) Sprachkenntnisse** | **bis zu 15 Punkte***** |
| Gute bis sehr gute Deutschkenntnisse(mind. B1) | 15 Punkte |
| Grundkenntnisse der deutschen Sprache (mind. A2) | 8 Punkte |
| Gute bis sehr gute Englischkenntnisse (mind. B1) | 5 Punkte |
| **(3) Berufserfahrung** | **bis zu 15 Punkte** |
| Ausbildungsadäquate Berufserfahrung in Deutschland (pro Jahr) | 5 Punkte |
| Ausbildungsadäquate Berufserfahrung (pro Jahr) | 2 Punkte |
| **(4) Lebensalter** | **bis zu 10 Punkte** |
| Altersgruppe 21-39 Jahre | 10 Punkte |
| Altersgruppe 40-49 Jahre | 5 Punkte |
| **(5) Arbeitsplatzangebot** | **15 Punkte** |
| Nachweis eines Arbeitsplatzangebotes in Deutschland | 15 Punkte |
| **(6) besondere Integrationsvorteile** | **bis zu 10 Punkte** |
| Lebenspartner: Einreise nach Deutschland | 5 Punkte |
| Qualifikation des Lebenspartners | bis 5 Punkte |
| Frühere oder derzeitige Aufenthalte in Deutschland | bis 5 Punkte |
| Verwandtschaft in Deutschland | bis 5 Punkte |
| Erfolgreiche Teilnahme Integrationskurs | 5 Punkte |
| **Maximal erreichbare Punktzahl** | **100 Punkte** |
| **Schwellenwert 1 (Zulassung zum Verfahren)** | **60 Punkte** |
| **Schwellenwert 2 (sofortiger Daueraufenthalt)** | **80 Punkte** |

* Im Bereich Qualifikation sind mindestens 15 Punkte zu erreichen, um in Säule 2 berücksichtigt zu werden. Die Bewertung äquivalenter ausländischer Abschlüsse wird sich in Zukunft – mit deren fortschreitender Implementierung – verstärkt an den Maßstäben des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) und des Europäischen Leistungspunktesystems für die Berufsbildung (ECVET) orientieren können. Derzeit erscheint die zuverlässige Anwendung der teils noch in der Umsetzung befindlichen Vergleichsmaßstäbe jedoch noch problematisch, zumal die adäquate Berücksichtigung der Besonderheiten des deutschen dualen Systems der Berufsausbildung noch Schwierigkeiten bereitet.

** Mangelberufe (mit mittel- bis langfristigen Engpässen) sind mit einem geeigneten Indikatorensystem zu definieren. Die Dringlichkeit (AA/A/B/C) bestimmt sich nach der Dimension des jeweiligen Engpasses.

*** Die Klassifizierung des Sprachniveaus orientiert sich am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER).

*Quelle:* IZA Research Report No. 35

IZA

Die dritte Säule ermöglicht temporäre Zuwanderung zur Deckung eines kurzfristigen Zuwanderungsbedarfes aufgrund berufsspezifischer Nachfrageüberschüsse nach Arbeitskräften. Im Rahmen dieser Säule ist die Zuwanderung strikt befristet. Die Arbeitserlaubnis ist an ein Arbeitsplatzangebot gebunden und wird zunächst für die Dauer des Arbeitsvertrages gewährt, jedoch maximal für 3 Jahre. Im Verlauf dieser Zeit ist eine Bewerbung im Punkte-Verfahren möglich. Von den Unternehmen, die eine offene Stelle mit einem temporären Zuwanderer dieser Kategorie besetzen möchten, wird eine Gebühr erhoben.

Auch wenn auf lange Sicht von einem dynamisch wachsenden Zuwanderungsbedarf ausgegangen werden kann, sollte die Einführung einer qualitativ und quantitativ steuernden Zuwanderungskomponente zunächst mit bewusst niedrig angesetzten Höchstquoten agieren. Diese Strategie dient der Erprobung der gewählten Verfahren und muss deshalb auch so kommuniziert werden. Deutschland sollte gleichwohl nicht damit rechnen, schon in einer frühen Phase der Implementierung des Punktesystems auf ein großes Zuwanderungsinteresse der gesuchten Fachkräfte zu stoßen. Das IZA schlägt vor, in einer ersten, zweijährigen Phase eine Gesamtquote für Säule 1 und 2 des Modells in Höhe von 100.000 Personen (je 50.000) zu fixieren, die im weiteren zeitlichen Verlauf sukzessive angehoben, bei Bedarf aber auch jederzeit gedrosselt werden kann. Für die dritte Säule sollte in einer Erprobungsphase zunächst ein bewusst knappes Kontingent von 10.000-20.000 temporär einreisenden Arbeitsmigranten vorgegeben werden, das auf verschiedene zu erprobende Engpassdiagnosemodelle verteilt werden kann. Enge Quotierungen dienen auch dazu, die nötigen Anreize für die betriebliche Ausbildung aufrecht zu erhalten.

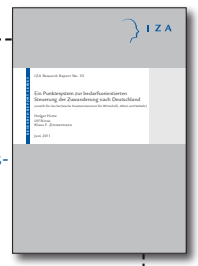
Mit der Einführung eines kombinierten Punkte- und Quotensystems wäre ein Beitrag zur Entbürokratisierung verbunden. Eine Vielzahl von Einzelgesetzen und Verordnungen werden mit der Einführung des Punktesystems hinfällig. Damit entfällt auch der bürokratische Aufwand zu deren Handhabung in der Praxis. Zudem ist der hohe Aufwand im Rahmen der bisherigen Vorrangprüfungen zugunsten inländischer Arbeitnehmer nicht mehr erforderlich oder kann in die Form einer vereinfachten Globalprüfung umgewandelt werden. Die Bearbeitung des einzelnen Zuwanderungsantrags lässt sich dank des Punktesystems weitgehend standardisieren und damit beschleunigen.

Der Erfolg eines solchen Konzepts hängt maßgeblich auch von seiner politischen Kommunikation und dem Bekanntheitsgrad des Zuwanderungsangebots im Ausland ab. Ein attraktives Online-Portal für Wanderungswillige sollte alle relevanten Informationen über Zuwanderungsbedingungen und Integrationsperspektiven zusammenstellen, auch den Regionen Raum zur Selbstdarstellung geben und vor allem eine Selbsteinschätzung der eigenen Zuwanderungschancen ermöglichen. Der aus der Realisierung des Konzepts zu erwartende ökonomische Nutzen wird in jedem Fall umso größer sein, je besser es gelingt, den Kurswechsel Deutschlands international zu vermitteln.

*Holger Hinte*
*Ulf Rinne*
*Klaus F. Zimmermann*

Ein Punktesystem zur bedarfsorientierten Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland

IZA Research Report Nr. 35
www.iza.org/link/report35.pdf



# Defizite bei der Integration von Zuwanderern in der EU

## Aktuelle IZA-Studie

Im Auftrag des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments hat das IZA in Kooperation mit Partnerinstitutionen eine Studie zur Situation von Immigranten in den Staaten der Europäischen Union erstellt. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen neben einem Überblick zum Wanderungsgeschehen insbesondere der rechtliche Status und die Beschäftigungssituation, Integrationshemmnisse etwa im Bildungsbereich, politische Einflussfaktoren und der Effekt der Zuwanderung auf Lohnentwicklung und Sozialstaat.

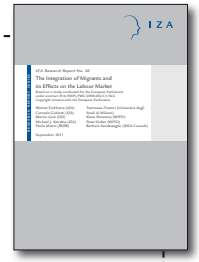
Die Studie weist insbesondere auf die in fast allen Staaten trotz inzwischen erreichter Fortschritte nach wie vor erheblichen Benachteiligungen in den Bereichen Bildung und Erwerbsbeteiligung hin. Deutlich wird, dass hier neben einzelstaatlichen und europäischen Politikinitiativen auch die Wissenschaft noch stärker gefordert ist, zu verdeutlichen, welche Integrationskonzepte besonders erfolgversprechend sind.

Die Autoren plädieren unter anderem für eine Intensivierung von Antidiskriminierungsgesetzgebungen und zielgerichtetere Integrationskurse. Für elementar erachten sie die zuletzt auch von der deutschen Bundesregierung angekündigten Verbesserungen bei der Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse.

Unter Federführung von *Werner Eichhorst*, stellvertretender Direktor für Arbeitsmarktpolitik des IZA, waren an der Studie auch Experten der Fondazione Rodolfo DeBenedetti (fRDB), der Universität Mailand, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) sowie des belgischen Forschungs- und Beratungsunternehmens IDEA Consult beteiligt.

Der vollständige englische Text der Untersuchung ist auf den Internetseiten des Europäischen Parlaments als Download erhältlich und steht auch als IZA Research Report No. 40 (inkl. deutscher Kurzfassung) zur Verfügung.

▶ http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?language=en&file=42435



*Werner Eichhorst*
*Corrado Giulietti*
*Martin Guzi*
*Michael J. Kendzia*
*Paola Monti*
*Tommaso Frattini*
*Klaus Nowotny*
*Peter Huber*
*Barbara Vandeweghe*

The Integration of Migrants and its Effects on the Labour Market

IZA Research Report No. 40
www.iza.org/link/report40.pdf

# Internationaler Menschenhandel und illegale Migration

## IZA-Forschungsprojekt

Das Thema Menschenhandel und illegale Migration steht im Zeitalter weltweiter Wanderungsbewegungen nicht zufällig auf der Agenda der internationalen Politik. Die Frage, wie politisches Entgegenwirken auf einzelstaatlicher und transnationaler Ebene erfolgreich gestaltet werden kann, beschäftigt Regierungen in aller Welt ebenso wie internationale (Nichtregierungs-)Organisationen und Aktionsbündnisse. Dabei kann bislang noch zu wenig auf verlässliche empirische Untersuchungen zurückgegriffen werden. Bessere wissenschaftliche Analysen sind dringend erforderlich, um politische Maßnahmen effizienter gestalten zu können.

Finanziert durch das Programm für transatlantische Forschungskooperation (TransCoop) der Alexander von Humboldt Stiftung, hat das IZA deshalb Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet koordiniert und ein internationales Forscherteam mit dem Thema befasst, dem *Randall Akee* (Tufts University), *Arnab Basu* (College of William and Mary), *Arjun Bedi* (Erasmus University Rotterdam), *Nancy Chau* (Cornell University), *Melanie Khamis* (Wesleyan University, ehemals IZA) und *Hilmar Schneider* (IZA) angehörten.

Im Verlauf des Projekts konnten verschiedene Studien erarbeitet werden. Zunächst wurde eine länderübergreifende Matrix der Verbindungen im internationalen Menschenhandel erstellt, die sich über den Zeitraum von 2000 bis 2009 erstreckt und auf der weltweit gemeldeten Anzahl von Menschenhandelsfällen basiert. Besondere Aufmerksamkeit galt den Mittelsmännern und ihrer Rolle im Menschenhandel – insbesondere bezogen auf ihre Verhandlungsmacht in Anbetracht mangelnder „offener“ Konkurrenz und ihre transnationale Mobilität zwischen Herkunfts- und Zielländern. Bessere Erkenntnisse gerade in dieser Hinsicht sind wertvoll für die Erarbeitung wirksamer Gegenmaßnahmen im Rahmen internationaler politischer Zusammenarbeit. Auch die Auswirkungen ethnischer Konflikte auf die Intensität des Menschenhandels wurde untersucht. Ferner wurden im Verlauf des Projekts verschiedene methodische Ansätze auf ihre Anwendbarkeit zum Studium der Mechanismen im Menschenhandel hin überprüft. So erscheint etwa die Nutzung von aus der Physik entlehnten Gravitätsmodellen, die einen Zusammenhang zwischen räumlicher Distanz von Herkunfts- und Zielland und der Intensität des Menschenhandels herstellen, für künftige Studien vielversprechend. Auch die Entwicklung von Indikatoren zur Messung der Wanderungsbereitschaft könnte genaueren Aufschluss über den „Markt“ für Menschenhandel liefern.

Im Rahmen des Projekts wurde eine Reihe an Veröffentlichungen herausgebracht. In der Untersuchung „Transnational Trafficking, Law Enforcement and Victim Protection: A Middleman’s Perspective“ wird ein ökonomisches Modell zur Analyse des Menschenhandelproblems entwickelt und angewendet. Es zeigt, dass die Marktreaktion in Form von Menschenhandel auf ein Prostitutionsverbot in Herkunfts- und Zielländern stark von der Kombination dreier Faktoren abhängt: der Elastizität der Nachfrage nach den Dienstleistungen der Opfer, der Verhandlungsmacht der Menschenhändler bezüglich ihres Anteils am erzielten Preis für das jeweilige Opfer, sowie der entsprechenden transnationalen Mobilität der Mittelsmänner.

Die Studie „Ethnic Fragmentation, Conflict, Displaced Persons and Human Trafficking: An Empirical Analysis“ untersucht den negativen Einfluss ethnischer Konflikte auf das Wanderungs- und Fluchtgeschehen wie auch auf die Anfälligkeit gegenüber den Versprechungen von Menschenhändlern. Deutlich wird ein noch erheblicher Forschungsbedarf zur besseren Aufschlüsselung der Wechselwirkungen im Einzelnen. Eine weitere Arbeit bewertet die Wichtigkeit multilateraler Kooperation beim Bemühen den Menschenhandel einzudämmen. Am Beispiel des Protokolls der Vereinten Nationen zur Verhinderung, Unterbindung und Bestrafung von Menschenhandel (Palermo-Protokoll) zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Ratifizierung des Protokolls und einem Rückgang des Menschenhandels zwischen einzelnen Staaten.

Ein im Rahmen des Forschungsprojekts durchgeführter Workshop zeigte Querschnittseffekte zwischen den verschiedenen Formen legaler und illegaler Zuwanderung auf, die sich nicht zuletzt auch auf ökonomische oder politische Schocks in den Herkunftsländern zurückführen lassen. Gegenstand der Diskussion waren zudem der Einfluss der EU-Osterweiterung auf die illegale Einwanderung, die verbreitete Ausbeutung illegaler Migranten auf den Arbeitsmärkten der Zielländer sowie künftige interdisziplinäre Forschungsansätze.

Die IZA-Homepage hält viele Präsentationen zum kostenlosen Download bereit.

▶ www.iza.org/link/LIITEP

*Randall K. Q. Akee*
*Arjun Bedi*
*Arnab K. Basu*
*Nancy Chau*
Transnational Trafficking, Law Enforcement and Victim Protection: A Middleman's Perspective
(mimeo)

*Randall K. Q. Akee*
*Arnab K. Basu*
*Nancy Chau*
*Melanie Khamis*
Ethnic Fragmentation, Conflict, Displaced Persons and Human Trafficking: An Empirical Analysis
(IZA Discussion Paper Nr. 5142)

*Randall K. Q. Akee*
*Arnab K. Basu*
*Nancy Chau*
*Melanie Khamis*
Vulnerability and Trafficking
(mimeo)

# Fokus Migration: IZA versammelt internationale Experten in Washington

Das „Annual Migration Meeting“ des IZA zur Diskussion aktueller Themen von Zuwanderung und Integration zählt zu den erfolgreichsten „Dauerläufern“ des Instituts: Die achte Jahrestagung des IZA-Forschungsschwerpunkts Migration fand im Mai in Washington statt und bot einmal mehr ein Forum für den internationalen Wissensaustausch auf diesem wichtigen Teilgebiet der Arbeitsökonomie. Eingebunden war die Veranstaltung erneut in die „Migration Topic Week“, in deren Verlauf das IZA verschiedene Veranstaltungsformate an einem Ort bündelt und den teilnehmenden Wissenschaftlern so die Gelegenheit zum besonders intensiven fachlichen Diskurs verschafft.

Über 50 Experten nahmen auf Einladung des IZA an den Veranstaltungen in der amerikanischen Hauptstadt teil. Die inhaltliche Federführung lag bei den IZA-Programmdirektoren *Amelie F. Constant* (zugleich Executive Director des DIW DC) und *Barry R. Chiswick* (George Washington University). Sie sorgten für ein sehr breites thematisches Spektrum, das von den Anpassungsprozessen der Migranten auf den internationalen Arbeitsmärkten bis zu Fragen der kulturellen Integration reichte.

### Wanderungsbewegungen und illegale Migration

Traditionell bildet die Julian Simon Lecture (benannt nach dem großen Pionier der Migrationsforschung) den Höhepunkt des IZA Annual Migration Meeting. Der diesjährige Referent *Douglas S. Massey* (Princeton University) beleuchtete das Thema der illegalen Migration in die USA und kritisierte die „destruktive“ Politik Amerikas gegenüber dieser Personengruppe. Er bezifferte die Zahl der „nicht-dokumentierten“ Zuwanderer in den USA auf derzeit über 11 Millionen. Sie machten damit rund 8 Prozent des Arbeitskräftepotenzials des Landes aus. Massey forderte die Obama-Administration dazu auf, dieses Potenzial zur Stärkung der amerikanischen Wirtschaftskraft zu nutzen und gesellschaftlich zu integrieren, statt es unter großem Aufwand ins Abseits zu drängen, wo nur die Schattenwirtschaft profitiere. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurde dieses Thema erneut aufgegriffen.

*Linguere Mously Mbaye* (CERDI, University of Auvergne) schlüsselte die Motivlagen für die Auswanderungsbewegungen aus dem Senegal auf. Hier zeige sich ein deutlicher Trend zu unterschiedlichen Zuwanderungskanälen für legale und illegale Migration: Während legale Zuwanderung vor allem nach Frankreich und in die USA stattfinde, orientiere sich illegale Migration stärker an geografischer Nähe, wie sie im Falle Spaniens und Italiens gegeben sei. *Bryan Roberts* (Nathan Associates) hinterfragte die amtliche Statistik illegaler Migration in den USA. Anhand der Größenordnungen von Rücküberweisungen mexikanischer Zuwanderer in Richtung

Douglas Massey

Heimat lieferte er Schätzungen über die tatsächliche Zahl mexikanischer Zuwanderer in den USA und stellte fest, dass die amtliche Statistik offenbar entgegen verbreiteter Annahmen auf recht zutreffenden Kalkulationen beruht.

*Silvio Rendon* (Stony Brook University) lieferte ein Modell zur Abschätzung der Wirksamkeit von Politikmaßnahmen zur Beeinflussung der Wanderungsströme aus Mexiko in die USA, während *B. Lindsay Lowell* (Georgetown University) aktuelle Trends in der Entwicklung des amerikanischen „Gastarbeiterprogramms“ für die Landwirtschaft analysierte. Die verstärkte Zuwanderung über diesen Kanal scheint weniger eine Reaktion auf ein verschärftes Vorgehen gegen Illegalität als vielmehr Ausdruck von gestiegenem Bedarf und professionalisierter Mitarbeitergewinnung in diesem Arbeitsmarktsegment der USA zu sein.

### Bedeutung von Rücküberweisungen ins Herkunftsland

*Adriana Kugler* (Georgetown University), inzwischen zur Chefökonomin am US-Arbeitsministerium ernannt, referierte zur Frage der Nutzung von Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Migranten. Ihren Analysen zufolge trägt diese Form der Abschöpfung von Wohlfahrtsgewinnen zugunsten der Herkunftsländer zur Verbesserung der dortigen Lebensverhältnisse bei. Dies gelte insbesondere dann, wenn – wie Kugler am Beispiel Vietnams zeigte – die aus den Rücküberweisungen stammenden Mitteln von Frauen investiert würden. Vor allem dann wirkten sich die Finanztransfers vorteilhaft auf das Bildungswesen und die Qualität der Betreuung von Kindern und alten Menschen aus. *Antje Kroeger* (DIW Berlin) ergänzte das Verständnis der Bedeutung von Rücküberweisungen durch empirische Analysen zur Situation in Kirgisistan. Dort lässt sich exemplarisch für besonders arme Regionen feststellen, dass der Transfer von Einkommen in das Herkunftsland nicht ausreicht, um den Verlust einer Arbeitskraft innerhalb einer Familie auszugleichen. Auch finden sich Anzeichen dafür, dass Familien, die ohne Transferleistungen ihrer im Ausland lebenden Verwandten auskommen müssen, tendenziell größere Investitionen in die Zukunft ihrer Kinder tätigen als solche Familien, die über geringe Rücküberweisungen verfügen können. Die Investitionen in die eigenen Kinder nehmen dort offenbar im Vergleich zur Konstellation ohne Transfers sogar eher noch ab, wenn nur geringfügige Finanztransfers erfolgen.

*Angelino Viceisza* (International Food Policy Research Institute – IFPRI) lieferte Resultate eines Feldexperiments zu Rücküberweisungen von in Washington DC lebenden Zuwanderern aus El Salvador. Sie verdeutlichten, dass unter „Rücküberweisungen" in einigem Umfang auch Lebensmittelsendungen zu fassen sind, wobei mehr Frauen als Männer zu dieser Form des Transfers an die Familie neigen.

### Anpassungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt

Barry Chiswick referierte aktuelle Befunde aus seinen umfangreichen Forschungsarbeiten zum Stellenwert von Sprachkenntnissen im Verlauf der Arbeitsmarktintegration – unter anderem für diese Arbeiten erhielt er im August den IZA Prize in Labor Economics 2011. In Abhängigkeit von Nationalität, Geschlecht und Sprachkenntnissen sind Immigranten in den USA verbreitet mit erheblichen Einkommensnachteilen und „Mismatch"-Problemen konfrontiert. *Aslan Zorlu* (University of Amsterdam) richtete den Blick auf die Dynamik der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in den Niederlanden. Hier zeigt sich ein für viele westliche Aufnahmeländer „typischer" Verlauf: Zuwanderer starten ihre Arbeitsmarktkarriere oft im unteren Qualifikationsbereich, und ihr weiterer ökonomischer Aufstieg wird wesentlich auch davon bestimmt, ob ihre mitgebrachten Qualifikationen in der neuen Heimat anwendbar sind bzw. überhaupt formal anerkannt werden. Türkische und marokkanische Zuwanderer stellen Zorlus Untersuchungen zufolge in den Niederlanden diejenigen Gruppen, die zwar besonders „niedrig" in den Arbeitsmarkt einsteigen, dann dort aber überdurchschnittlich erfolgreich agieren und aufsteigen.

### Produktivität und Arbeitgeberperspektive

Das unternehmerische Kalkül stand im Mittelpunkt eines weiteren Themenschwerpunkts der Veranstaltung. *Catia Nicodemo* (Universitat Autonoma de Barcelona) studierte am Beispiel Spaniens die Rolle von sozialen Netzwerken und Qualifikationen im Verlauf von Neueinstellungen der Unternehmen. So ist eine Bewerbung von Zuwanderern offenbar dann besonders erfolgreich, wenn Angehörige der gleichen ethnischen Gruppe bereits im Betrieb tätig sind, insbesondere im Bereich der leitenden Angestellten, oder der Bewerber Qualifikationen mitbringt, die unter inländischen Bewerbern nicht anzutreffen bzw. knapp sind. Eine von *Carl Shu-Ming Lin* (Rutgers University) präsentierte Untersuchung verdeutlicht, wie stark amerikanische Firmen von der Einstellung hochqualifizierter Immigranten profitieren, die im Rahmen von H1-B-Visa in die USA einreisen. Diese Visagruppe erfreut sich besonders großer Nachfrage von Zuwanderern und Unternehmen, wobei vier von fünf Visa für Tätigkeiten im Bereich der Informationstechnologien ausgestellt werden. *Anirban Ghosh* (Georgetown University) wertete amerikanische Daten zur Produktivität einheimischer und zugewanderter Arbeitnehmer in hochqualifiizierten Arbeitsmarktsegmenten aus und schlussfolgerte, dass sich hier kein signifikanter Unterschied in der Grenzproduktivität beider Gruppen (unter der Annahme vollständiger Substituierbarkeit) feststellen lasse.

### Familie, Kultur, Identität

Mehrere Präsentationen widmeten sich Fragen von Geburtenhäufigkeit, familiären Besonderheiten und ethnischer Identität unter Immigranten. *Alicia Adsera* (Princeton University) bestätigte unter Verwendung umfangreicher kanadischer Daten, dass insbesondere der Bildungsstand ausschlaggebend für die Angleichung der Fertilität zwischen einheimischen und zugewanderten Frauen ist. Dem Einfluss des Geschlechts von Migrantenkindern auf das Arbeitsangebot ihrer Eltern ging *Jennifer Ward-Batts* (Wayne State University) nach. Eltern von Mädchen leisten demnach mehr Jahresarbeitsstunden, wobei die ethnische Herkunft auch hier für deutliche Unterschiede sorgt.

IZA-Programmdirektoren Amelie Constant und Barry Chiswick

*Annabelle Krause* (IZA) beleuchtete gesellschaftliche Benachteiligungen von in Deutschland lebenden Migranten der zweiten Generation und machte dabei sowohl den familiären Hintergrund als auch Diskriminierungen im Schulsystem, wie etwa die Tendenz zur „Abschiebung" in schwächere Schulen, als Ursachen aus. Kinder von Zuwanderern stehen mit diesen Startnachteilen freilich nicht allein – auch deutsche Kinder mit vergleichbarem Familienhintergrund sehen sich ähnlichen

Problemen gegenüber. Offenbar gelingt es dem deutschen Bildungssystem nicht, solche Startnachteile auszugleichen und Chancengleichheit herzustellen.

Das Thema Identität und Integration stand im Mittelpunkt der Überlegungen von *Simone Schüller* (DIW Berlin, inzwischen IZA): Sie identifizierte eine deutliche Wechselwirkung zwischen der Identifikation zugewanderter Eltern mit der Mehrheitsgesellschaft und besseren Integrationschancen für ihre Kinder. Zugewanderte Mütter scheinen ihren Analysen zufolge eine tendenziell höhere Eingliederungsbereitschaft als Väter mitzubringen, die sich unmittelbar positiv auf die Perspektiven der Kinder auswirkt. Eine erfolgreiche Integration der Eltern im Sinne eines Zugehörigkeitsgefühls zu den Kulturen der alten wie der neuen Heimat fördert bei den Kindern die Humankapitalbildung bereits in frühen Lebensjahren. Dass kulturelle Vielfalt auch eine ökonomische Dimension hat, veranschaulichte *Simonetta Longhi* (ISER, University of Essex) am Beispiel Großbritanniens, wo sie mit gesamtwirtschaftlicher Lohnentwicklung und Produktivität gleichermaßen positiv korreliert ist. *Brian Scholl* (USAID) stellte Überlegungen zur „Ökonomie von Kultur und Migration" zur Diskussion, denen zufolge Kulturunterschiede im Vorfeld von Migrationsentscheidungen eine große Rolle spielen.

### Fokus Afrika

Sowohl das Wanderungsgeschehen innerhalb des afrikanischen Kontinents als auch die oft überdurchschnittlich großen Herausforderungen für Emigranten einerseits und ihre in der Heimat verbleibenden Angehörigen andererseits erfordern verstärkte Aufmerksamkeit der Arbeitsökonomie. Im Rahmen des IZA Annual Migration Meeting bildete „Afrika" deshalb einen eigenen Themenschwerpunkt *Kwabena Gyimah-Brempong* (University of South Florida) zeigte am Beispiel Ghanas die positiven Wirkungen der Rücküberweisungen von Emigranten auf die Armutsbekämpfung und die Bildungsteilhabe junger Menschen. Strategien zur Erleichterung der Teilnahme an Bankgeschäften vor Ort und damit auch zur Steigerung von Rücküberweisungen erscheinen gerade in Afrika besonders sinnvoll zu sein, weil die Transfers damit unmittelbar den von Armut betroffenen Familien zugute kommen und nicht wie die staatliche Entwicklungshilfe dem Zugriff von Interessengruppen unterliegen. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings auch, dass sich schlechte Erfahrungen mit Banken, etwa im Verlauf der jüngsten globalen Finanzkrise, gerade auf das Verhalten von Migranten im Finanzsektor stark negativ auswirken können. Wie *Una Okonkwo Osili* (Indiana University) aufzeigte, verfügen viele Migranten in den USA, die im Herkunftsland von den Folgen der Finanzkrise betroffen waren, aufgrund dieser Negativerlebnisse über kein Bankkonto.

Binnenwanderungen und Integrationsprozesse innerhalb Afrikas waren Gegenstand der Präsentation von *Sonia Plaza* (World Bank). Ihre Analysen weisen auf erhebliche Schwierigkeiten von Immigranten in Südafrika hin, denen es nur schwer gelingt, ihre Wohnverhältnisse und Hygienebedingungen an den Standard von Einheimischen anzugleichen. Auch *Anna Maria Mayda* (Georgetown University) richtete ihr Augenmerk auf Südafrika und wies auf negative Effekte der Zuwanderung auf die Einkommenssituation höher qualifizierter Südafrikaner hin, wobei die Lohnentwicklung insgesamt von der Immigration nicht beeinträchtigt worden sei. Offenbar trägt die Zuwanderung nach Südafrika inzwischen zu einer gewissen Einkommensumverteilung bei, die aus den insgesamt verbesserten Arbeitsmarktchancen geringer qualifizierter Arbeitskräfte resultiert.

Staatlich reglementierte Lohnanhebungen für Arbeitnehmer im Gesundheitssektor Ghanas haben dort zu einer Verringerung des Auswanderungsinteressses dieser Personengruppe (auf einem freilich immer noch sehr hohen Niveau) geführt, stellte *David Phillips* (Georgetown University) fest. Auch dies könnte mithin ein praktikabler – durch die internationale Gemeinschaft gezielt zu unterstützender – Weg sein, den Exodus qualifizierter Arbeitskräfte nachhaltig zu reduzieren.

### Zuwanderungseffekte für das Aufnahmeland

Die Auswirkungen von Zuwanderung auf die Wohlfahrt der Aufnahmeländer waren abschließendes Diskussionsthema des Annual Migration Meetings. *Harriet Duleep* (College of William and Mary) analysierte die sehr positiven Effekte der Zuwanderung auf die Innovationsdynamik und den Sektor der Selbständigkeit in den USA, wo aufgrund der Immigration zahlreiche neue Arbeitsplätze entstanden seien. *Dan-Olof Rooth* (Linnaeus University) informierte über die Resultate eines Feldexperiments zum Einfluss von potenziell negativen Einstellungen schwedischer Unternehmen gegenüber Zuwanderern auf deren Lohnniveau in einer Region. Selbst wenn Unternehmer mit Vorbehalten dort in der Minderheit sind, wirkt sich ihre Zurückhaltung bei Einstellung und Entlohnung von Migranten vor allem für geringer qualifizierte Zuwanderer in der ganzen Region ungünstig aus. IZA-Wissenschaftler *Corrado Giulietti* stellte ein innovatives Forschungsprojekt zur Messung des Einflusses von Zuwanderung auf die individuelle Lebenszufriedenheit vor. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass vergleichbar den internationalen Initiativen zur Ergänzung allgemeiner Wohlstandsindikatoren durch einen Glücksindikator auch der Effekt von Zuwanderung in diesen Kategorien gemessen werden sollte.

Einen bislang in seiner Bedeutung eher unterschätzten Aspekt beleuchtete *Matloob Piracha* (University of Kent). Die Gefahr der Beschäftigung im Aufnahmeland unterhalb des eigenen Qualifikationsniveaus ist nicht nur dann besonders groß, wenn im Heimatland erworbene Qualifikationen mangels Vergleichbarkeit nicht „passgenau" eingesetzt werden können oder gar nicht erst offiziell anerkannt worden sind. Der Blick auf australische Daten macht klar, dass sich das Risiko einer dauerhaften Arbeitsmarktintegration unter Wert dann erst recht vergrößert, wenn schon im Herkunftsland ein solcher „Mismatch" zwischen formaler Qualifikation und zuletzt ausgeübter Beschäftigung vorlag. Wurde schon in der Heimat eine Erwerbsarbeit unterhalb der eigentlichen Qualifikation ausgeübt, steigt die Wahrscheinlichkeit, diese Konstellation auch in Australien nicht vermeiden zu können, um ganze 45 Prozent. Interessanterweise ist der umgekehrte Zusammenhang offenbar noch stärker ausgeprägt. Die Wahrscheinlichkeit, in Australien oberhalb des eigenen Qualifikationsniveaus erwerbstätig werden zu können, steigt um mehr als 60 Prozent, wenn dies zuvor auch in der Heimat erfolgreich gelang.

Einmal mehr dokumentierte das IZA mit seinem Annual Migration Meeting den hohen fachlichen Standard dieser immer wichtiger werdenden Teildisziplin der Arbeitsmarktforschung. Der auf die großen Volkswirtschaften insbesondere des „alten Europa" zukommende Fachkräftemangel wird den Bedarf an hochwertiger Forschung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften und benachbarter Disziplinen weiter wachsen lassen. Das IZA wird sich hier auch künftig stark in Forschung und Beratung engagieren.

▶ www.iza.org/link/AMsquared2011

# Standardeinstellungen beeinflussen Entscheidungsprozesse

## Neue Erkenntnisse der ökonomischen und psychologischen Forschung

Mit dem immer ausgefeilteren Instrumentarium der ökonomischen und psychologischen Verhaltensforschung lassen sich Erkenntnisse über das menschliche Verhalten gewinnen, die für Wirtschaft und Politik von besonderer Bedeutung sein können. Ein Beispiel hierfür ist der Einfluss von vorgegebenen Standardwerten („default options") auf den individuellen Entscheidungsprozess und die Bereitschaft, eine aktive Auswahl aus Entscheidungsmöglichkeiten zu treffen, statt eine bereits voreingestellte Option zu akzeptieren. Wie wir uns – etwa beim Ausfüllen von Online-Formularen oder der Vertragsgestaltung – hinsichtlich der zur Auswahl stehenden Optionen letztlich entscheiden, hängt maßgeblich davon ab, welche Variante vorher als Standard festgelegt worden ist. Anhand der in Deutschland anstehenden Neuregelung des Organtransplantationsgesetzes lässt sich zeigen, wie weitreichend solche Wirkungsmechanismen sein können. In einer demnächst erscheinenden Sonderausgabe der Zeitschrift „Spektrum der Wissenschaft" stellt IZA-Experte *Steffen Altmann*, der soeben für weitere Forschungsarbeiten auch auf diesem Gebiet ein Schumpeter-Fellowship der VolkswagenStiftung erhielt, den Wissensstand dar. IZA Compact fasst vorab einige Überlegungen zusammen.

Gegenwärtig warten in Deutschland rund 12.000 Menschen auf ein Transplantationsorgan; täglich sterben etwa drei von ihnen, da sie nicht rechtzeitig ein Spenderorgan erhalten. Ein Grund für das geringe Spendenaufkommen ist die niedrige Anzahl an Bürgern, die sich zu Lebzeiten für eine Organspende entscheiden. Eine repräsentative Befragung im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aus dem Jahr 2010 ergab, dass nur etwa 25% der Deutschen einen Organspendeausweis besitzen. Demgegenüber sind im Nachbarland Österreich 99,78% der Bevölkerung als potenzielle Organspender registriert (Stand 2009).

Dabei scheinen die Einstellungen für oder gegen eine Organspende in beiden Ländern ähnlich zu sein: Denn 74% der deutschen Bevölkerung geben an, grundsätzlich bereit zu sein nach dem Tod Organe zu spenden. Wie kann es dazu kommen, dass trotz vergleichbarer Einstellungen in beiden Ländern solch starke Unterschiede im Verhalten auftreten? Die Antwort liegt in der Art und Weise, wie die Bürger sich zur Organspende entscheiden müssen.

Während Deutsche nur dann als potenzielle Spender zur Verfügung stehen, wenn sie aktiv ihre Einwilligung gegeben haben, müssen die Bürger Österreichs aktiv werden, um der Organentnahme zu widersprechen. Die beiden Länder unterscheiden sich also in der so genannten „Default"-Regelung, die gilt, solange Menschen sich nicht aktiv für die eine oder andere der möglichen Alternativen entscheiden. Da viele Menschen tatsächlich häufig passiv bleiben, kann es dazu kommen, dass diese scheinbar vernachlässigbaren Unterschiede im Entscheidungsprozess erhebliche Verhaltensauswirkungen haben.

Die psychologische und verhaltensökonomische Forschung hat in den letzten Jahren eine Reihe von Faktoren identifiziert, die dabei helfen können, Passivität bei wichtigen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Entscheidungen und damit die Wirkungsweise von Default-Einstellungen besser zu verstehen. Das ist vor allem aus wirtschaftspolitischer Sicht bedeutsam, da es für den Gesetzgeber häufig unumgänglich ist festzulegen, welche Regelungen gelten sollen, wenn sich Verbraucher nicht aktiv entscheiden. Gleichzeitig hängt die Frage, ob der Einsatz von Default-Regelungen durch Unternehmen aus Verbraucherschutzgesichtspunkten verstärkt reguliert werden sollte, in entscheidendem Ausmaß von den Ursachen ab, die Passivität auf individueller Ebene hervorrufen. Sie sind vor allem in unseren individuellen Präferenzen sowie in menschlichen Einschränkungen von Rationalität und Aufmerksamkeit zu suchen.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass viele Menschen dem „Hier und Heute" eine überproportional hohe Bedeutung zumessen. Wir tendieren dazu, unser gegenwärtiges Wohlbefinden im Vergleich zu zukünftigem Nutzen zu stark zu gewichten. Während ein gewisses Maß an Ungeduld die Konsistenz unserer Entscheidungen nicht verzerrt, führt eine zu hohe Gewichtung der Gegenwart schnell dazu, dass wir uns „zeitinkonsistent" verhalten. Dies kann zur Folge haben, dass wir aktive Entscheidungen immer weiter aufschieben, auch wenn die Kosten der Entscheidung im Vergleich zu ihrem Nutzen gering sind.

Ein zweiter beeinflussender Faktor ist unsere Unsicherheit bezüglich der eigenen Präferenzen und Erwartungen. In der erwähnten Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zum Thema Organspende gaben beispielsweise 53% der Befragten an, sich gar nicht oder eher schlecht über das Thema informiert zu fühlen. Diese Unsicherheit verstärkt die Tendenz, Voreinstellungen oder Default-Optionen zu akzeptieren. Häufig werden sie als „Empfehlung" wahrgenommen, der man gern und aus Bequemlichkeit Folge leistet. Gerade dies schafft im Vorfeld von Konsumentscheidungen eine Vielzahl von Beeinflussungsmöglichkeiten, die nicht von vornherein negativ zu bewerten sind, aber doch im Sinne des Verbraucherschutzes in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden sollten.

Ein letzter Faktor, der zu der starken Akzeptanz von Default-Regelungen beiträgt, ist ihre Eigenschaft, einen vermeintlichen Status quo zu definieren und so einen Referenzpunkt für unsere Entscheidung festzulegen. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass sich Menschen in der Beurteilung von Entscheidungsalternativen häufig durch solche Referenzpunkte beeinflussen lassen und in ihrer Entscheidung dem vermuteten Mehrheitsverhalten anschließen wollen: Dabei tendieren wir dazu, Veränderungen im Vergleich zum Status quo zu beurteilen, statt die Konsequenzen verschiedener Alternativen (also absolute Größen) direkt miteinander zu vergleichen.

Die vielleicht wichtigste Konsequenz aus passivem Entscheiden ist die Tatsache, dass Produkt-Voreinstellungen, optionale rechtliche Regelungen und andere Formen von Default-Regeln auch dann Verhaltenskonsequenzen haben können, wenn sie aus rationaler Sicht keine haben sollten. Ein klareres Verständnis von passivem Entscheidungsverhalten kann deshalb dazu beitragen, politische Maßnahmen, rechtliche Bestimmungen, aber auch Konsumentscheidungen im Sinne der Bürger zu verbessern. Dies ist vor allem wichtig, wenn man davon ausgeht, dass Menschen nicht immer in ihrem besten Interesse handeln. Eine umfassende Kenntnis der Ursachen und Folgen von passivem Verhalten kann hierbei die Gestaltung von Regelungsmechanismen in der politischen Praxis unterstützen. Default-Regelungen stellen ein mögliches Instrument für „sanfte" oder „schonend paternalistische" Politikinterventionen dar: Klug gewählt können sie dabei helfen, Entscheidungen zu verbessern, ohne dabei die Wahlfreiheit einzuschränken.

In einzelnen Fällen kann das Wissen um Passivität auch dazu führen, dass auf den Einsatz von Default-Regelungen verzichtet wird und stattdessen alternative Methoden entwickelt werden, um Menschen verstärkt zu aktiven Entscheidungen zu bewegen. So soll es in Deutschland künftig weder eine Widerspruchs- noch eine Zustimmungslösung bezüglich der Organspende geben. Stattdessen soll jeder Bürger zu einer aktiven Entscheidung über sein Organspendeverhalten bewegt werden. Prinzipiell würden auf diese Weise die unterschiedlichen Präferenzen jedes Einzelnen besser widergespiegelt. Ob dieser „Entscheidungszwang" allerdings zum gewünschten Resultat führen wird, bleibt abzuwarten.

# Verbesserte Schulkinderbetreuung: Ein Ausweg aus der demografischen Krise?

Fehlende Kinderbetreuung ist für Mütter oft der Grund, zeitweilig aus der Erwerbstätigkeit auszuscheiden. In solchen Fällen gelingt die Rückkehr häufig nur nach längeren Unterbrechungen und überwiegend in Teilzeit. Verschiedene wissenschaftliche Studien haben zudem belegt, dass längere Erwerbsunterbrechungen unmittelbar negative Wirkungen auf das Familieneinkommen haben und indirekte Nachteile (z.B. die Entwertung beruflicher Qualifikationen oder verminderte Rentenansprüche) mit sich bringen. Dies ist vor allem bei qualifizierten und hoch qualifizierten Müttern der Fall, die nach längeren Phasen der Erwerbslosigkeit Schwierigkeiten haben, eine ihrer früher erworbenen Qualifikation angemessene Tätigkeit zu finden. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht entstehen so langfristig ungenutzte Fachkräftepotenziale, die in Zeiten des demografischen Wandels eine wichtige Ressource darstellen. Flexible Arbeitszeiten und Familien unterstützende Dienstleistungen sind Möglichkeiten, diese ungenutzten Potenziale zu aktivieren. Hierbei spielt insbesondere eine verlässliche und hochwertige Betreuung von Kindern verschiedener Altersgruppen eine wesentliche Rolle.

Die Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konzentriert sich in Deutschland stark auf die Betreuungssituation von Kindern unter drei Jahren und im Kindergartenalter. Weniger Beachtung findet bislang die Situation von Familien mit Kindern im Schulalter. Hier besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Nur eine durchgängige Betreuung vom Kleinkindalter bis etwa zum 15. Lebensjahr kann sicherstellen, dass kontinuierliche Erwerbsverläufe für Mütter realisierbar sind.

Auch in der international vergleichenden Forschung findet die Altersgruppe jüngerer Schulkinder im Alter bis zu 15 Jahren wenig Beachtung. Oft stehen hier Kinderkrippen und Kindertagesstätten gegenüber Ganztagsschulen und Horten im Vordergrund. Es zeigt sich aber, dass bei Kindern im schulpflichtigen Alter in Deutschland nach wie vor die externe Betreuung auf Teilzeitbasis bis 29 Stunden dominiert (54 Prozent im Jahr 2008). Der Anteil der Kinder, die 30 Stunden und länger in Schulen bzw. Horten untergebracht sind, ist mit 38 Prozent im internationalen Vergleich niedrig, wie aktuelle Indikatoren der Europäische Kommission zeigen.

Vom Ausbau schulischer Ganztagsbetreuung sind nicht nur arbeitsmarktpolitische, sondern auch bildungspolitische Effekte zu erwarten. Ganztägige schulische oder schulergänzende Betreuung kann den Familienalltag durch Entlastung bei der Erziehung und Schulvorbereitung erleichtern und insbesondere für bildungsferne Familien und solche mit Migrationshintergrund vorteilhaft wirken.

Eine aktuelle Studie des IZA im Auftrag des Zukunftsrats Familie stellt die Betreuungssituation von Kindern im Grundschulalter und in den ersten Jahren der weiterführenden Schulen dar (vom Schuleintrittsalter bis unter 15 Jahren). Dabei werden sowohl die genutzten Betreuungsangebote als auch deren Bedarf analysiert. Darauf aufbauend lassen sich Arbeitsangebotseffekte bei Müttern durch eine verbesserte Betreuungssituation ihrer Schulkinder bis unter 15 Jahren abschätzen. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive werden die damit verbundenen Einkommenseffekte sowie die resultierenden Mehreinnahmen der öffentlichen Hand den notwendigen Ausbau- und Betriebskosten gegenüber gestellt.

### Starke Arbeitsanreize für bislang nicht erwerbstätige Mütter

Die IZA-Studie zeigt, dass eine ausgebaute Mittags- und Nachmittagsbetreuung mit höherer Erwerbstätigkeit und längeren Arbeitszeiten der Mütter einhergeht. Die ganztägige Betreuung von Schulkindern ist damit ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Schulische und schulergänzende Ganztagsangebote vor allem im Grundschulalter sind erforderlich, um eine durchgängige Betreuung und damit kontinuierliche Erwerbsverläufe der Mütter zu erreichen. Dies verkürzt Erwerbsunterbrechungen und verhindert Einbußen beim Einkommen und die Entwertung von beruflich nutzbaren Qualifikationen. Der Ausbau der Ganztagsschulen ist deshalb nicht nur bildungspolitisch richtig, sondern auch unter dem Aspekt einer verstärkten Arbeitsmarktintegration von Müttern wünschenswert. Damit kann auch der Fachkräftemangel gelindert werden.

Die Abschätzung des zusätzlichen Arbeitsangebots bei einer verlässlichen Mittags- und Nachmittagsbetreuung von Schulkindern zeigt vor allem Wirkungen auf bislang nicht erwerbstätige Mütter. Weniger bedeutend sind die marginalen Wirkungen auf die Arbeitszeit von bereits beschäftigten Müttern. Die Effekte sind überwiegend auf Westdeutschland beschränkt, wo die Betreuungssituation wesentlich stärker eingeschränkt ist als in Ostdeutschland.

Ein Ausbau der Kapazitäten für ganztätige Betreuung von Schulkindern würde also vor allem qualifizierten Müttern in Westdeutschland, die bislang aufgrund einer ungenügenden Betreuungssituation nicht erwerbstätig sind, eine bessere und verstärkte Erwerbsbeteiligung ermöglichen. In den beiden vom IZA untersuchten Szenarien werden zwischen 195.000 und 260.000 Mütter, die bislang keine haushaltsexterne Betreuung ihrer Schulkinder nutzen, aus der Nichterwerbstätigkeit mobilisiert – zum großen Teil im qualifizierten Bereich und überwiegend in Teilzeitarbeit hinein. Begrenzt sind die Wirkungen auf bereits erwerbstätige Mütter, wo nur marginal längere Arbeitszeiten und bescheidene Einkommenszugewinne zu erwarten sind. Werden auch die mobilisierenden Wirkungen auf nicht erwerbstätige Mütter berücksichtigt, die bereits jetzt in gewissem Umfang eine externe Betreuung in Anspruch nehmen, aber möglicherweise vom Ausbau der Kapazitäten profitieren, so nimmt die Zahl der Mütter, die auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, zusätzlich um etwa 150.000 bis 200.000 zu. Insgesamt resultiert daraus je nach Szenario ein zusätzliches Arbeitsangebot von 345.000 bis 462.000 Müttern. Daraus entstehen

entsprechende Zugewinne bei Nettoeinkommen sowie Mehreinnahmen aus Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträgen vor allem aus der vermehrten Erwerbsaufnahme westdeutscher Mütter von Schulkindern.

In den beiden simulierten Szenarien ergeben sich durch die Effekte auf Mütter, die bislang ohne Betreuung ihrer Schulkinder waren, jährlich rund 900 Millionen. bis 1 Milliarde Euro an zusätzlicher Einkommensteuer und etwa 1,6 bis 1,9 Milliarden Euro an zusätzlichen Sozialbeiträgen. Dem stehen laufende Kosten von etwas mehr als 1 Milliarde Euro bei der ganztägigen Betreuung der Kinder bis unter 12 Jahren bzw. 1,7 bis 1,9 Milliarden Euro in der Altersgruppe bis unter 15 Jahren gegenüber. Die Einnahmen der Einkommensteuer entsprechen damit in etwa den laufenden Kosten. Unter Berücksichtigung von moderaten Elternbeiträgen würde die Bilanz für die öffentlichen Haushalte selbst ohne Anrechnung von Einsparungen bei Hartz IV-Transfers und ohne die Berücksichtigung der dynamischen Wirkungen auf die beruflichen Laufbahnen der Mütter und deren Einkommen deutlich positiv ausfallen. Die einmaligen Investitionskosten von etwa 3,3 bis 3,5 Milliarden Euro für die ganztägige Betreuung der Kinder unter 12 Jahren wären als Anschubfinanzierung gut angelegt.

Mit Blick auf die zeitlich immer näher rückenden, gravierenden Folgen des demografischen Wandels erscheint es überfällig, dass die deutsche Familienpolitik ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf dieses Thema richtet.

*Werner Eichhorst*
*Paul Marx*
*Verena Tobsch*

Schulergänzende Betreuung für Kinder: Status Quo und Beschäftigungswirkung

IZA Research Report Nr. 37
www.iza.org/link/report37.pdf

# IZA/Weltbank-Konferenz 2011: Bessere soziale Absicherung zentrale Herausforderung für internationale Entwicklungszusammenarbeit

Unter der Schirmherrschaft des mexikanischen Staatspräsidenten *Felipe Calderón* fand am 30. und 31. Mai 2011 in Mexiko-Stadt die sechste IZA/Weltbank-Konferenz zum Thema „Beschäftigung und Entwicklung“ statt. Diese jährlichen Fachtagungen sind integraler Bestandteil eines umfassenden Forschungsprogramms von IZA und Weltbank mit dem Ziel, in die internationale Entwicklungszusammenarbeit verstärkt Erkenntnisse der Arbeitsökonomie einfließen zu lassen und gezielt auf Verbesserungen der Arbeitsmärkte in den ärmsten Ländern hinzuwirken.

Mehr als 100 Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft und internationalen Institutionen nahmen an der Konferenz teil, die vom Instituto Tecnologico Autonomo de Mexico (ITAM) und der Inter-American Development Bank (IDB) mitorganisiert wurde. Zentrales Thema waren Ansatzpunkte zur Verbesserung der sozialen Absicherung im Umfeld der regulären Arbeitsmärkte, aber auch innerhalb des informellen Sektors. Von Erfolgen in dieser Hinsicht hängt die Akzeptanz weitreichender Arbeitsmarktreformen in der Bevölkerung ganz entscheidend ab, wie auch Felipe Calderón in seiner Grundsatzrede betonte. Am Beispiel der massiven Schwierigkeiten bei der parlamentarischen Umsetzung von dringend erforderlichen Reformgesetzen in Mexiko veranschaulichte er die Akzeptanzprobleme einer ausschließlich ökonomisch argumentierenden Politik, die es unterlasse, ein Gesamtkonzept zur Stärkung der gesellschaftlichen Wohlfahrt zu kommunizieren.

IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* bekräftigte, dass Armutsbekämpfung weniger durch Entwicklungsprogramme alter Prägung und zweifelhafter Effizienz, denn durch gezielte Arbeitsmarktmaßnahmen vor Ort gelingen könne. Mit den Methoden der Arbeitsökonomie sei es möglich, als erfolgreich evaluierte Handlungskonzepte der Industriestaaten auf ihre Anwendbarkeit auf Entwicklungsländern hin zu überprüfen und aus ihnen spezifische Reformmodelle abzuleiten. Wo es bis auf weiteres noch an Arbeitsplätzen im formellen Wirtschaftssektor mangele, müsse der Staat die soziale Grundsicherung gewährleisten und hierfür entsprechende Mittel erhalten.

Mexikos Staatspräsident Felipe Calderón als Gastredner der IZA/Weltbank-Konferenz

Mexikos Arbeits- und Sozialminister *Javier Lozano* illustrierte die Dringlichkeit von Reformen für Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen unter Verweis auf den demografischen Faktor. Noch sei etwa die Bevölkerung Mexikos mit einem Altersdurchschnitt von nur 27 Jahren im internationalen Vergleich sehr jung. Werde dieser Vorteil nicht zu mutigen ökonomischen und sozialen Reformen genutzt, werde der gesellschaftliche Alterungsprozess, dem sich auch Mexiko nicht entziehen könne, das Land umso schwerer treffen. Anders als die alten Industriestaaten, denen der demografische Wandel „nur“ Anpassungsaufgaben mit Blick vor allem auf die Finanzierung ihrer bestehenden Alterssicherungssystem aufbürde, beinhalte der Alterungsprozess für weniger entwickelte Staaten mit defizitären sozia-

len Sicherungssystemen ungleich mehr soziale Sprengkraft.

Als „soziale Krankheit" bezeichnete der türkische Staatssekretär für Arbeit und soziale Sicherung, *Birol Aydemir*, die informellen Sektoren innerhalb einer Volkswirtschaft. Politische Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Absicherung müssten deshalb sehr sorgfältig konzipiert werden, damit sie keine negativen Arbeitsanreize setzten und Gefahr liefen, die Schattenwirtschaft nur noch weiter zu stimulieren. Er verwies auf die Erfolge der Türkei sowohl bei der verschärften Kontrolle und Sanktion als auch bei der Schaffung von Verhaltensanreizen für Betriebe und Arbeitnehmer, etwa durch Rechtsänderungen bei der beitragsfreien Krankenversicherung. Binnen nur fünf Jahren (2005-2010) sei es auf diese Weise gelungen, den Anteil informeller Arbeit in der Türkei von 48 auf 41 Prozent zu verringern.

*Carmen Pages* (Inter-American Development Bank) unterstrich den Bedarf an besserer sozialer Absicherung für den informellen Sektor. Eine alternde Bevölkerung und der Bedeutungsverlust von traditioneller Absicherung durch den erweiterten Familienkreis ließen immer mehr Menschen schutzlos zurück. Während sich in der Vergangenheit durchschnittlich sechs Kinder um die Pflege ihrer Eltern in den armen Ländern gekümmert hätten, trügen heutzutage nur noch ein oder zwei Kinder dieselbe Last. Die fortschreitende Migration von ländlichen in städtische Gebiete führe ferner dazu, dass Pflegeabsprachen zwischen Eltern und ihren Kindern weniger verlässlich seien. Pages schlug zudem vor, Beitragszahlungen zu sozialen Sicherungssystemen stark progressiv zu gestalten, um so ärmeren Menschen den Systemeinstieg zu erleichtern.

Nach Ansicht von *David Robalino*, Leiter des Arbeitsmarkt-Teams der Weltbank und Co-Programmdirektor für den IZA-Forschungsschwerpunkt „Beschäftigung und Entwicklung", wird die Realisierung einer traditionellen einkommensbasierten sozialen Grundsicherung in vielen armen Ländern auf Umsetzungsprobleme stoßen, so dass alternative Verfahren gefunden werden müssten. Robalino plädierte dafür, Umverteilung innerhalb der neu zu konzipierenden Systeme sozialer Sicherung für Entwicklungsländer zu vermeiden und stattdessen getrennt davon zu regeln. Die starke Abgabenlast für Bezieher höherer Einkommen wirke sich ansonsten nachteilig auf den wirtschaftlichen Aufholprozess aus. Sinnvoll seien leistungsdefinierte anstelle beitragsdefinierter Renten, Arbeitslosensparkonten statt Arbeitslosenversicherung und individuelle Beiträge zur Krankenversicherung auf der Basis von „Prämien" im Gegensatz zu einem festen Einkommensanteil. Außerhalb eines solchen Systems könne der Staat die gewünschten Umverteilungsmaßnahmen gezielt über die generierten Steuereinnahmen regeln und so auch die Absicherung derer gewährleisten, die nur über begrenzte Sparmöglichkeiten verfügen.

An dem Für und Wider einer beitragsfinanzierten oder beitragsfreien sozialen Absicherung des informellen Sektors entzündete sich im Konferenzverlauf eine kontroverse Diskussion. Sie führte zu einem Konsens darüber, dass eine Entflechtung der Sozialversicherungskomponenten in den Entwicklungsländern durchaus ein gangbarer Weg sein könnte: So sei eine beitragsfinanzierte Krankenversicherung neben einer individualisierten Alterssicherung oder einer steuerfinanzierten Grundrente denkbar. *Robert Holzmann* (Universität Wien) verwies in diesem Zusammenhang auf den vergleichsweise hohen Bedarf an liquiden Mitteln für ältere Menschen in den armen Staaten. Ihnen sei nicht damit gedient, wenn sie in normierte Rentensysteme gedrängt würden, wo sie über ihre dann langfristig illiquiden Ersparnisse nicht verfügen könnten.

*Gary Fields* (Cornell University) lieferte ein Plädoyer für eine generelle Grundabsicherung. Ein staatlich garantiertes Grundeinkommen verhindere, dass Menschen unzumutbare Arbeitsverhältnisse eingingen und durch die Schädigung ihrer Gesundheit letztlich der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt keinen Dienst erwiesen. Die beispielsweise in Indien und Argentinien praktizierten Modelle, bei mangelnder Alternative auf dem ersten Arbeitsmarkt über einen festgelegten Zeitraum hinweg einen bezahlten öffentlichen Sozialdienst leisten zu können, erachtete Fields als sinnvolle Option für den Staat, jedem Bürger eine Grundsicherung zu bieten.

Überlegungen anderer Konferenzteilnehmer konzentrierten sich auf Möglichkeiten, das Sparverhalten armer Menschen durch das Angebot entsprechender Finanzprodukte positiv zu beeinflussen. So seien viele der bislang angebotenen Produkte für die Bedürfnisse der Zielgruppen in unterentwickelten Staaten entweder kaum geeignet oder gar nicht zugänglich. *Laurence Kotlikoff* (Boston University) appellierte an die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit, die Einrichtung persönlicher Versicherungssparpläne und Ruhestandskonten für die besonders bedürftigen Bürger der armen Länder zu unterstützen.

Das komplette Programm der Konferenz und viele der dort präsentierten Arbeiten stehen online zur Verfügung:

- www.iza.org/link/worldb2011/
- www.iza.org/link/worldbpf2011/

Die nächste Jahrestagung von IZA und Weltbank findet 2012 in Indien statt.

# IZA und Weltbank kooperieren bei Analyse informeller Beschäftigung in Entwicklungsländern

IZA und Weltbank bauen ihre erfolgreiche Kooperation zum Thema „Beschäftigung und Entwicklung" weiter aus. In Zusammenarbeit mit der Weltbank wird sich das IZA innerhalb seines von *Hartmut Lehmann* (Universität Bologna; IZA-Programmdirektor) koordinierten Forschungsschwerpunkts zu „Arbeitsmärkten in Transformations- und Schwellenländern" in den nächsten Jahren vor allem dem Thema der informellen Beschäftigung in solchen Staaten widmen.

Diese Form der Erwerbsarbeit außerhalb der regulären Arbeitsmärkte ist für einen erheblichen Teil der Wirtschaftskraft in vielen gering entwickelten Volkswirtschaften verantwortlich, birgt aber zugleich gravierende Probleme, da sie faktisch kaum oder gar keine soziale Absicherung der Beschäftigten beinhaltet. IZA und Weltbank erwarten sich von der Intensivierung von Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet neue Erkenntnisse über die Mechanismen von informeller Erwerbsarbeit und mögliche Ansatzpunkte zu ihrer Eindämmung auf dem Weg internationaler Entwicklungszusammenarbeit.

Im Juni 2011 fand ein erster auf dieses Thema fokussierter Workshop in Bonn statt. Zahlreiche Experten folgten der Einladung der Organisatoren Hartmut Lehmann, *Alexander Muravyev* (IZA), *Johannes Koettl* und *Jan Rutkowski* (beide Weltbank und IZA). Einen breiten Überblick über die Dimension der Schattenwirtschaft in Industrie- und Ent-

wicklungsländern lieferte *Friedrich Schneider* (Universität Linz), der zugleich Steuerpolitik und staatliche Regulierung als entscheidende Einflussgrößen benannte. Darüber hinaus verwies er auf erhebliche noch bestehende Forschungslücken zur Motivationslage potenzieller Akteure im informellen Sektor und wirksamen politischen Gegenmaßnahmen. Eine stärkere staatliche Regulierung sei jedenfalls der falsche Weg und führe nur zu einem weiteren Anreiz zur Schwarzarbeit.

Die Weltbank stellte eigene aktuelle Forschungsarbeiten zur Diskussion. Jan Rutkowski erläuterte am Beispiel Kasachstans die Möglichkeiten zur Förderung formeller Beschäftigung. Seinen Analysen zufolge verspricht insbesondere die gezielte Bekämpfung von Korruption und Verbesserung von Investitionsbedingungen für die Unternehmen vor Ort durch die damit verbundene Schaffung regulärer Arbeitsplätze gute Aussichten zur Eindämmung von Schattenwirtschaft in Entwicklungsländern. *Jesko Hentschel* und Johannes Koettl referierten Weltbank-Untersuchungen zum Umfang informeller Beschäftigung in den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Osteuropa und verwiesen auf die erheblichen Hindernisse, die Fehlanreize im Steuer- und Sozialsysteme hinsichtlich der Formalisierungschancen gerade im Niedriglohnbereich darstellten.

Mehrere im Rahmen des Workshops präsentierte Arbeiten beleuchteten den informellen Sektor in Russland und der Ukraine. *Fabian Slonimczyk* (Higher School of Economics, Moscow) legte dabei besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen der russischen Steuerreform 2011. Die verringerte Steuer- und Abgabenlast führte zu einer Reduzierung des Anteils informeller Beschäftigung am Gesamtarbeitsmarkt. *Anzelika Zaiceva* (University Modena and Reggio Emilia) analysierte Wechselwirkungen zwischen Jobunterbrechungen durch Kündigung oder Entlassung und der Wahrscheinlichkeit eines Wechsels in die Informalität. Russischen Zeitreihendaten zufolge ist dieser Zusammenhang deutlich ausgeprägt: Entlassung und Kündigung führen zu einer signifikant stärkeren Aktivität im informellen Sektor. *Melanie Khamis* (Wesleyan University) untersuchte die persistente Informalität auf dem ukrainischen Arbeitsmarkt und stellte dabei die große Bedeutung individueller Merkmale heraus, deren Einfluss auf die Entscheidung zu schattenwirtschaftlichen Aktivitäten offenbar besonders groß ist. *Peter Elek* (Eötvös Lorand University, Budapest) zog Gesetzesänderungen zum Mindestlohn in Ungarn heran, um Betrugsfälle in Sachen informeller Beschäftigung aufzudecken. *Klara Peter* (University of North Carolina) widmete sich schattenwirtschaftlichen Aktivitäten und Korruption im russischen Gesundheitssektor, die aufgrund stärkeren staatlichen Engagements und erweiterten öffentlichen Ausgaben im Verlauf des Zeitraums 1994 bis 2005 leicht rückläufig waren. Gleichzeitig lieferte ihre Studie Hinweise auf eine allgemein größere Anfälligkeit privater Gesundheitsdienstleister für Korruption.

Weitere Workshop-Präsentationen gingen dem Zusammenhang von Institutionen und informeller Beschäftigung nach. *John Bennett* (Brunel University) stellte ein Modell vor, das Bedingungen untersucht, unter denen freiwillige und unfreiwillige Selbstständigkeit sowie informelle Beschäftigung nebeneinander bestehen. Der Einfluss von Produkt- und Arbeitsmarktregulierungen auf informelle Beschäftigung wurde von *Frank Malherbet* (University of Rouen) betrachtet. *Nancy Chau* (Cornell University) stellte ein theoretisches Modell vor, dass der verbreiteten Überzeugung widerspricht, der informelle Sektor unterliege stärkerer Konkurrenz, während im formellen Sektor Verträge leichter durchzusetzen seien.

*Erik Jonasson* (Lund University) zeigte anhand brasilianischer Regionaldaten und mithilfe eines theoretischen Modells zur Rolle staatlicher Effektivität im Kampf gegen informelle Beschäftigung, dass diese in Regionen mit besserer staatlicher Intervention und höherer Durchschnittsbildung geringer ausfällt. Inwieweit Steuersenkungen und Vereinfachungen des Steuersystems zu mehr formeller Beschäftigung führen und die Effektivität in kleineren Firmen steigern können, erörterte *Tommaso Gabrieli* (University of Reading). Johannes Koettl lieferte weitere Argumente für eine solche Politik, indem er stark negative Einflüsse falsch strukturierter Besteuerung des Faktors Arbeit und fehlerhafter Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme auf den regulären Arbeitsmarkt der EU-Staaten nachwies.

Einen profunden Überblick zur Verbreitung informeller Beschäftigung in 30 europäischen Staaten gab *Mihails Hazans* (University of Latvia). Er nutzte Daten des European Social Survey, um die Verteilung und Dynamik informeller Arbeit innerhalb Europas sowie das Auftreten von informeller Arbeit in verschiedenen Alters- und Bildungsklassen zu analysieren. *Janneke Pieters* (Universität Groningen, inzwischen IZA) bereicherte das allgemeine Verständnis des informellen Sektors durch einen innovativen Ansatz, der zwischen traditionellen und modernen informellen Teilsektoren in der verarbeitenden Industrie differenziert. Dabei fand sie heraus, dass das Beschäftigungswachstum in modernen informellen Sektoren positiv korreliert ist mit Outsourcingprozessen im formellen Sektor dieses Wirtschaftssegments. Für den traditionellen Bereich ließe sich dieses Ergebnis nicht bestätigen. *Niels-Hugo Blunch* (Washington and Lee University) untersuchte die Einkommensunterschiede in formellem und informellem Sektor in Serbien. Auch seine Ergebnisse deuten auf eine Lohndiskriminierung gegenüber informell Beschäftigten hin und lassen Politikmaßnahmen im Bildungsbereich als besonders sinnvollen Schritt erscheinen, die vorhandenen Lohnunterschiede zu mindern und den formalen Sektor zu stärken.

Ein Sonderheft der vom IZA mit herausgegebenen Research in Labor Economics Series wird im kommenden Jahr zahlreiche Workshop-Beiträge veröffentlichen.

# Erfolgreiche Konferenzserie von IZA und SOLE feiert Jubiläum

Gemeinsam mit der wichtigsten US-Vereinigung von Arbeitsökonomen, der Society of Labor Economists (SOLE), richtet das IZA seit zehn Jahren ein regelmäßiges „Transatlantic Meeting“ zur Intensivierung des Forschungsaustauschs zwischen Europa und Amerika aus. Ort der Jubiläumsveranstaltung war einmal mehr das Managementzentrum der Deutschen Post in Buch am Ammersee. Hierhin luden die Organisatoren *Daniel S. Hamermesh* (University of Texas at Austin), IZA-Forschungsdirektor *Marco Caliendo* und IZA Research Associate *Alexander Muravyev* neben etablierten Fachvertretern auch ausgewählte Nachwuchswissenschaftler ein. Im Verlauf der Transatlantic Meetings wird besonderer Wert auf die Einbindung junger Forscher und ausreichend Gelegenheit zum unmittelbaren Diskurs mit den erfahrenen Kollegen gelegt. Das Themenspektrum ist dabei bewusst breit gewählt.

*Deborah A. Cobb-Clark* (University of Melbourne) untersuchte die Entwicklung nichtkognitiver Fähigkeiten im Zeitverlauf. Ihre Auswertung australischer Längsschnittdaten ergab einen kaum nennenswerten Einfluss von Änderungen im Beschäftigungs- oder Gesundheitsstatus auf die so genannte „interne Kontrollüberzeugung“. *Magne Mogstad* (Statistics Norway) wies darauf hin, dass die Höhe der Bildungsrendite in vielen Studien überschätzt wird, da meist

keine Daten zur Einkommensentwicklung über das gesamte Erwerbsleben vorliegen. *Gesine Stephan* (IAB Nürnberg) präsentierte Ergebnisse eines Modellversuchs, denen zufolge private Dienstleister gegenüber der Bundesagentur für Arbeit geringere Erfolgsquoten bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen aufweisen.

*Jos N. van Ommeren* (Freie Universität Amsterdam) ging der Frage nach, inwiefern weite Strecken zur Arbeit nur für höhere Löhne in Kauf genommen werden. Anhand von Daten dänischer Pendler errechnete er einen Lohnzuwachs von 0,42 Prozent je zusätzlichem Pendlerkilometer. Aktuelle Forschungsergebnisse von *Louis-Philippe Morin* (University of Ottawa) deuten darauf hin, dass die Abschaffung des 13. Schuljahres in der kanadischen Provinz Ontario das Lohnniveau des „doppelten Abiturjahrgangs" spürbar negativ beeinflusst hat.

*Giulio Zanella* (University of Bologna) untersuchte das Arbeitsangebot männlicher Senioren in den USA. Deren beobachtete Arbeitszeitreduzierung lässt sich zu etwa einem Drittel darauf zurückführen, dass Großväter Zeit mit ihren Enkeln verbringen. Eine weitere, von *Leslie S. Stratton* (Virginia Commonwealth University) durchgeführte Zeitverwendungsstudie richtete den Blick auf die Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen, die in Großbritannien und Frankreich vorrangig durch das Lohnniveau der Frau bestimmt ist.

*Michael C. Burda* (HU Berlin) legte in seiner Studie dar, dass der Staat durch die Höhe der Lohnnebenkosten nicht nur in die langfristige Arbeitsmarktdynamik eingreift, sondern auch den Konjunkturverlauf beeinflusst. Der „Stigma-Effekt", aufgrund dessen eine arbeitgeberseitige Kündigung die zukünftigen Lohnaussichten des Gekündigten schmälert, war Gegenstand der Analysen von *Daniel D. Santos* (IBMEC Business School). Werden dabei nur ehemalige Beschäftigte desselben Unternehmens miteinander verglichen, fällt der festzustellende Lohnrückschritt deutlich geringer aus, als dies frühere Studien vermuten ließen. *Kory Kroft* (Yale University) analysierte den Einfluss lokaler Arbeitsmarktbedingungen auf Mitnahmeeffekte bei Transferleistungen und zog daraus Rückschlüsse auf die optimale Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung.

Am Beispiel der chinesischen Ein-Kind-Politik wies *Solomon W. Polachek* (State University of New York at Binghamton) nach, dass bei sinkender Fertilität, wie sie auch in den Industrieländern zu beobachten ist, die Alters- und Bildungsunterschiede zwischen Ehepartnern geringer werden. Das wirkt sich auf die traditionelle Rollenverteilung im Haushalt und somit letztlich auch auf die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen aus. *Corrado Giulietti* (IZA) wies in seiner Studie einen engen Zusammenhang zwischen der Qualität des lokalen Netzwerks von Zuwanderern und ihren Beschäftigungschancen nach.

*Shing-Yi Wang* (New York University) lieferte Belege dafür, dass Lohnunterschiede aufgrund von Körpergröße eher auf tatsächliche Produktivitätsunterschiede als auf rein statistische Diskriminierung seitens der Arbeitgeber zurückzuführen ist. *Albrecht Glitz* (Universitat Pompeu Fabra) zufolge steigert ein Informationsnetzwerk aus Kontakten ehemaliger Kollegen zwar die Wiederbeschäftigungschancen nach einer Entlassung, nicht aber die im neuen Job erzielbaren Löhne. *Anna Laura Mancini* (ZEW) präsentierte eine Studie zum Einfluss der Eltern auf das Lese- und Lernverhalten italienischer Kinder. Demnach dienen insbesondere Mütter, die regelmäßig lesen, als gutes Vorbild.

*René Böheim* (Universität Linz) illustrierte anhand einer Gesetzesänderung in Österreich den Einfluss großzügiger Regelungen zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf die Häufigkeit und Dauer von Fehlzeiten. *Martin Ljunge* (University of Copenhagen) fügte der Thematik einen weiteren Aspekt hinzu, indem er die Auswirkungen des Steuerniveaus auf Arbeitsmoral und Krankenstand in Schweden bezifferte.

*Emma Tominey* (University of York) untersuchte mittels umfangreicher Daten zu über 500.000 norwegischen Kindern, inwieweit deren Humankapital durch Veränderungen im Haushaltseinkommen der Eltern während der gesamten Schul- und Ausbildungszeit beeinflusst wird. *Matt Dickson* (University of Bristol) nutzte verschiedene Änderungen des britischen Schulsystems, um den Einfluss schulischer Bildung auf den Arbeitsmarkterfolg zu analysieren. Der Studie zufolge spielt die Anzahl der Schuljahre eine deutlich geringere Rolle als die durch Abschlussprüfungen erworbenen akademischen Qualifikationen.

Nicht nur durch die außergewöhnliche Bandbreite der vorgestellten Arbeiten, sondern insbesondere durch deren wissenschaftliche Qualität, Aktualität und politische Relevanz hat sich das „IZA/SOLE Transatlantic Meeting of Labor Economists" in den vergangenen zehn Jahren als feste Größe im umfangreichen Tagungskalender des IZA etabliert.

Sämtliche Studien sind über das Online-Programm der Veranstaltung abrufbar:

▶ www.iza.org/link/TAM2011

# Zwischen Ökonomie und Kriminologie: Tagung zur Analyse von Risikoverhalten

Risikobehaftete menschliche Verhaltensweisen führen häufig zur Einschränkung der Erwerbsfähigkeit und belasten die Sozialsysteme. Im Falle von kriminellen Handlungen entstehen zudem immense gesellschaftliche Kosten für Strafverfolgung und -vollzug. Vor diesem Hintergrund widmet sich seit drei Jahren eine vom IZA gemeinsam mit DIW DC und der Georgia State University ausgerichtete Fachkonferenz der ökonomischen Analyse von Risikoverhalten. Das dritte „Annual Meeting on the Economics of Risky Behaviors (AMERB)" fand nach erfolgreichen Tagungen in Washington und Atlanta erstmals am IZA in Bonn statt. Federführend waren erneut die Mitbegründer der Veranstaltungsreihe, IZA Research Fellows *Amelie F. Constant* (DIW DC; George Washington University) und *Erdal Tekin* (Georgia State University). Rund 40 Experten aus aller Welt diskutierten aktuelle Forschungsergebnisse zu einem breiten Themenspektrum.

Zum Thema Strafverfolgung steuerte *Daniel Roemer* (Universität Heidelberg) eine Analyse bei, der zufolge die Anwendung des Jugendstrafrechts in Deutschland das Ziel verfehlt, die Rückfallquote unter jungen Straftätern zu senken. *Brendon McConnell* (University College London) wertete ein Modellprojekt eines Londoner Stadtteils aus, in dem Cannabis-Konsum vorübergehend entkriminalisiert wurde. In der Folge kam es in dem betreffenden Bezirk vermehrt zu Straftaten, die mit Drogenmissbrauch in Verbindung stehen. Eine landesweite Lockerung der Gesetzgebung führte jedoch nicht zum befürchteten Anstieg von Drogendelikten, sondern hatte den positiven Effekt, dass die Ressourcen der Behörden effizienter zur Bekämpfung

anderer Straftaten eingesetzt werden konnten. *Christopher Carpenter* (University of California, Irvine) konnte belegen, dass die Nichtraucherschutz-Gesetze in Kanada die Belastung durch Passivrauchen in öffentlichen Gebäuden, insbesondere in Bars und Restaurants, spürbar eindämmten, ohne jedoch den individuellen Tabakkonsum zu reduzieren.

*Timothy J. Moore* (University of Maryland at College Park) untersuchte eine Gesetzesänderung, nach der die US-Sozialversicherung die gesundheitlichen Folgen von Drogen- oder Alkoholmissbrauch nicht mehr als Voraussetzung für den Bezug einer Erwerbsunfähigkeitsrente akzeptierte. In Folge der Leistungskürzung stieg die Arbeitsmarkt-Wiedereingliederungsquote unter den Betroffenen um bis zu 30 Prozentpunkte. Die Evaluation zeigte jedoch auch, dass ein längerer Ausstieg aus dem Erwerbsleben die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt deutlich erschwert. *Baris Yoruk* (University at Albany, State University of New York) widmete sich in seiner Präsentation dem Mindestalter für legalen Alkoholkonsum, das in den USA bei 21 Jahren liegt. Zwar kommt es unmittelbar nach Erreichen dieses Alters vermehrt zu Alkoholexzessen, insgesamt aber sind die Auswirkungen der Altersgrenze auf den Konsum von Alkohol und anderen Drogen offenbar eher gering. Der Autor plädiert daher für andere politische Maßnahmen zur Eindämmung des Alkoholmissbrauchs.

Am Beispiel des jüngsten Kupferbooms in Sambia analysierte *Nicholas Wilson* (Williams College) die Auswirkungen wirtschaftlicher Entwicklung auf das Sexualverhalten und die Verbreitung von AIDS. Demnach führen die verbesserten Einkommens- und Jobchancen für Frauen zu einem signifikanten Rückgang von Prostitution und Promiskuität. Die Arbeitsmigration innerhalb des Landes hat hier der Studie zufolge keine negativen Effekte hervorgerufen. *Christer Gerdes* (SOFI, Stockholm University) konnte belegen, dass männliche Schachspieler deutlich riskantere – und damit keineswegs erfolgreichere – Spielzüge wählten, wenn sie attraktiven Frauen gegenüber saßen. Umgekehrt ließen sich Frauen nicht durch das Aussehen ihrer Gegner beeinflussen. Sein Fakultätskollege *Matthew J. Lindquist* ging der Frage nach, inwieweit Straffälligkeit durch das familiäre Umfeld gefördert wird. Mittels umfangreicher Daten zu Adoptivkindern bestätigte er bisherige Befunde, dass sich Erziehung und Gene gleichermaßen auf die kriminelle Energie der Heranwachsenden auswirken. Erstmals wies die Studie jedoch einen „mildernden“ Effekt des Bildungsniveaus der Adoptivmutter nach. *Giovanni Mastrobuoni* (Collegio Carlo Alberto) zeigte anhand von Daten zu über 5.000 Banküberfällen in Italien, dass die Mehrheit der Täter aus einer wirtschaftlichen Notlage heraus handelt und daher – im Gegensatz zu professionellen Banden – kaum auf eine Verschärfung des Strafmaßes reagiert. Wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung seien daher einer Politik der Abschreckung vorzuziehen.

In seiner Keynote-Rede referierte der renommierte Kriminologe *Peter Reuter* (University of Maryland) über die Besonderheiten der Märkte für illegale Drogen und rief die Wirtschaftsforschung in diesem Zusammenhang zu mehr Realitätsnähe auf: „Die meisten ökonomischen Studien zu Drogenmärkten liefen theoretische Antworten auf wissenschaftliche Fragestellungen, ohne im Detail zu ergründen, wie diese Märkte funktionieren und was ihre Akteure antreibt.“

Um Fettleibigkeit und Diskriminierung ging es in der Studie von *Wang-Sheng Lee* (RMIT University). Übergewicht führt demnach nur bei Frauen zur Diskriminierung bei der Jobsuche. Sie werden seltener eingestellt, obwohl sie im Schnitt geringere Löhne fordern und mehr Bewerbungen verschicken. Wenig überraschend ist daher die Beobachtung von *John Cawley* (Cornell University), dass überwiegend Frauen auf frei verkäufliche Schlankmacher zurückgreifen. Allerdings hat die Vielzahl an Produkten mit bekanntermaßen unlauteren Werbeversprechen dazu geführt, dass die Konsumenten besonders auf seriöse Werbung ansprechen und verstärkt auf verschreibungspflichtige Präparate umsteigen. Wie sich das Problem an der Wurzel bekämpfen lässt, zeigte *Rusty Tchernis* (Georgia State University), laut dessen Studie die Existenz von Joggingstrecken in der Nachbarschaft das Übergewicht von Kindern deutlich reduzierte, wenn auch nur in Gegenden mit geringer Kriminalitätsrate.

*Dave E. Marcotte* (University of Maryland, Baltimore County) wies anhand von Paneldaten aus allen 50 US-Staaten nach, dass die Schulabbrecherquote aufgrund von Schwangerschaften bei schwarzen Teenagern doppelt so hoch ist wie bei ihren weißen Altersgenossen. Den Forschungsergebnissen von *Matthias Parey* (University of Essex) zufolge hat das Bildungsniveau der Mutter einen wichtigen Einfluss auf die kognitiven Fähigkeiten und den schulischen Erfolg ihrer Kinder sowie deren Neigung zu Verhaltensauffälligkeiten und Fettleibigkeit.

Das Forschungsfeld der „Riskonomics“ ermöglicht interessante Einsichten in die Wechselwirkungen zwischen individuellem Risikoverhalten und dessen Folgen für Arbeitsmarkt und Sozialstaat. Für die Politik ergeben sich daraus wichtige Hinweise zur Gestaltung von Prävention und Intervention. Das IZA wird seine Aktivitäten auf diesem Themengebiet fortsetzen. Bereits im April 2012 wird die nächste Fachtagung im türkischen Istanbul stattfinden.

# Initiative zur Verbesserung der Lebenssituation in den ärmsten Ländern der Welt: IZA erhält Großauftrag der britischen Regierung

Das Institut zur Zukunft der Arbeit hat einen Großauftrag der britischen Regierung erhalten: In den kommenden fünf Jahren wird das IZA in Bonn Forschungsgelder in Höhe von rund 12 Millionen Euro (10,6 Mio Pfund) für das Ministerium für internationale Entwicklung (Department for International Development, DFID) verwalten. Mit diesen Mitteln sollen Forschungsprojekte zu „Growth and Labour Markets in Low Income Countries“ gefördert werden, deren Ziel die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen in besonders armen Ländern ist.

Bisher liegen für diese Regionen der Welt nur wenige empirische Daten und Erfolgsbewertungen von Förderprogrammen vor, die zuverlässige Politikempfehlungen erlauben. Die Wirksamkeit politischer Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung und stabilen wirtschaftlichen Strukturen ist bislang eher begrenzt. IZA und DFID werden deshalb in den kommenden Jahren bis zu 30 unterschiedliche Forschungsprojekte weltweit unterstützen. Das IZA übernimmt die Koordinierung und in Zusammenarbeit mit unabhängigen internationalen Experten auch die Auswahl der einzelnen Forschungsprojekte.

Weitere Informationen sind in Kürze verfügbar unter:

▶ http://glm-lic.iza.org

# Zimmermann verleiht Kuznets-Preis an japanische Ökonomen

Die japanischen Wirtschaftsforscher *Makoto Hirazawa* (Nagoya University) und *Akira Yakita* (Nagoya City University) sind für ihre Studie „Fertility, child care outside the home, and pay-as-you-go social security" mit dem Kuznets-Preis für die beste Veröffentlichung im Journal of Population Economics der Jahre 2007-2009 ausgezeichnet worden. IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* überreichte den Preis in seiner Funktion als Editor-in-Chief des Journals während der ESPE-Jahrestagung 2011 in Hangzhou, China. Der Kuznets-Preis wird zu Ehren des Pioniers der Bevölkerungsökonomie, Simon Kuznets, ausgelobt.

# Politikforum in Peking zu den Herausforderungen des chinesischen Arbeitsmarkts

Am 17. September fand in Peking im Rahmen des dritten gemeinsamen Workshops von IZA und CIER (China Institute for Employment Research) ein hochkarätig besetztes Politikforum zur Zukunft des chinesischen Arbeitsmarkts statt.

Auf dem Podium waren neben IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* führende chinesische Arbeitsmarktökonomen vertreten: *Deqiao Hu* (National Development and Reform Commission), *Danhua Liu* (Ministry of Human Resources and Social Security) sowie die IZA-Fellows *Shi Li* (Beijing Normal University) und *Xiangquan Zeng* (Renmin University of China).

Die Veranstaltung führte zu einer lebhaften Debatte über die zentralen Herausforderungen, denen sich die chinesische Politik stellen muss. Dazu zählen das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage, die ausgeprägte Land-Stadt-Migration sowie die Notwendigkeit konsequenterer Arbeitsmarktreformen und höherer Löhne.

Anhand von Themen wie Arbeitsmarktflexibilität, Fachkräftemangel und Auswirkungen der Finanzkrise beleuchteten die Experten wichtige Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen China und Deutschland.

# Verstärkung für das Bonner Wissenschaftlerteam des IZA

Zur Unterstützung seiner Forschungsaktivitäten in den Bereichen Evaluation, Migration, Entwicklungsökonomie und Wohlfahrtsstaat konnte das IZA vier exzellente Nachwuchsökonomen verpflichten, die im September und Oktober 2011 ihre Arbeit am IZA aufgenommen haben.

*Costanza Biavaschi* hat ihre Promotion im Oktober 2011 an der Rutgers University beendet. Ihren Masterabschluss erlangte sie zuvor an der University of Warwick. Sie forscht primär zu Migrationsthemen, die für die Gestaltung der internationalen Zuwanderungspolitiken von hoher Relevanz sind. Aktuell analysiert sie beispielsweise den Bildungs- und Arbeitsmarkterfolg von Zuwanderern.

*Patrick Arni* ist in diesem Jahr an der Universität Lausanne promoviert worden. Zuvor absolvierte er sein Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten in Zürich, Genf, Tilburg und dem Studienzentrum Gerzensee der Schweizer Nationalbank. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Evaluation von Arbeitsmarktprogrammen. Unter anderem beschäftigt er sich zur Zeit mit Fragen alternativer Anreizsysteme für Empfänger sozialer Leistungen.

*Mathias Dolls* beendet in Kürze sein Promotionsstudium an der Universität zu Köln, an der er auch bereits als Diplom-Volkswirt graduierte. Seine Forschungsschwerpunkte liegen neben der Arbeitsökonomie auch im Bereich der empirischen Finanzwissenschaft, insbesondere mit Blick auf die Versicherungswirkung von Steuer- und Transfersystemen.

*Janneke Pieters* schließt derzeit ihre Promotion an der Universität Groningen ab, wo sie auch ihren Masterabschluss erwarb. Sie beschäftigt sich unter anderem mit Lohnungleichheit in Entwicklungs- und Schwellenländern. Am Beispiel Indiens untersucht sie gegenwärtig die Auswirkungen informeller Beschäftigung und die Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit. Gleichzeitig ist sie für das neue IZA-Projekt „Growth and Labour Markets in Low Income Countries" (siehe Seite 17) tätig.

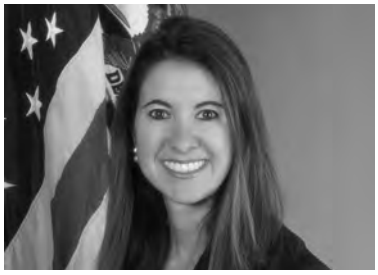
**Costanza Biavaschi, Patrick Arni Mathias Dolls, Janneke Pieters**

## Alan Krueger wird Obamas Chefberater für Wirtschaft und Arbeit

US-Präsident *Barack Obama* hat IZA Research Fellow *Alan B. Krueger* (Princeton University) als neuen Chefberater der Regierung für Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen vorgeschlagen. Schon bis November 2010 war Krueger zwei Jahre lang Chefökonom im US-Finanzministerium und wird nun, vorbehaltlich der Bestätigung durch den Senat, Vorsitzender des einflussreichen Council of Economic Advisers. Zu seinen Amtsvorgängern zählte unter anderem auch IZA Fellow *Edward P. Lazear*, der als ökonomischer Berater für den damaligen US-Präsidenten *George Bush* tätig war. Beide Ökonomen arbeiten eng mit dem IZA zusammen. Wie Lazear wurde auch Krueger mit dem IZA Prize in Labor Economics ausgezeichnet. In diesen Tagen erscheint sein gemeinsam mit *David Card* (University of California, Berkeley) verfasstes Buch zu „Wages, School Quality, and Employment Demand" im Rahmen der IZA Prize Book Series. IZA Direktor Klaus F. Zimmermann gratulierte Krueger zu seinem Ruf ins Weiße Haus. „Dass er gerade in der derzeit sehr schwierigen Situation der US-Wirtschaft Verantwortung übernimmt, ist sehr zu begrüßen. Krueger traue ich zu, überzeugende Strategien zu entwickeln, wie der US-Arbeitsmarkt wieder auf Touren gebracht werden kann."

## Adriana Kugler zur Chefökonomin des US-Arbeitsministeriums ernannt

Im September wurde IZA Fellow *Adriana Kugler* (Georgetown University) als Chefvolkswirtin in das US-Arbeitsministerium berufen. Seit mehr als einem Jahrzehnt kooperiert sie regelmäßig mit dem IZA, nimmt an Fachtagungen des Instituts teil und hat bereits 15 Forschungsarbeiten in der Publikationsreihe der IZA Discussion Papers veröffentlicht. In zahlreichen Artikeln für internationale Fachzeitschriften hat sie die Auswirkungen von Politikmaßnahmen auf Beschäftigung und Einkommen evaluiert. Darüber hinaus gilt Adriana Kugler als ausgewiesene Expertin für Fragen der Zuwanderung von Arbeitskräften und hat bereits verschiedene Regierungen auf diesem Gebiet beraten.



## Hohe Auszeichnung für IZA-Programmdirektor Armin Falk

Im Oktober erhielt *Armin Falk*, IZA-Programmdirektor für Verhaltens- und Personalökonomie sowie Professor an der Universität Bonn, den Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Die mit 30.000 Euro dotierte Auszeichnung würdigt besondere Leistungen auf den Forschungsgebieten von Wirtschaft und Recht. In ihrer Preisbegründung verweist die Akademie auf den hohen Wert der verhaltensökonomischen Forschungsansätze Falks für eine empirisch fundierte Wirtschaftspolitik. Innerhalb des IZA-Forschungsprogramms haben entsprechende Analysen und Experimente seit vielen Jahren erhebliche Bedeutung. „Wir schärfen auf diese Weise den Blick der Ökonomie auf die Wirkungsmechanismen der Arbeitswelt", so IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*. Für Falk ist der Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie nicht die erste hohe Auszeichnung. Unter anderem erhielt er im Jahr 2009 auch den Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

## IZA-Forschungsdirektor Caliendo übernimmt Professur in Potsdam

Zum 1. Oktober 2011 hat IZA-Forschungsdirektor *Marco Caliendo* einen Ruf als Professor für Empirische Wirtschaftsforschung an die Universität Potsdam angenommen und sein Amt als Direktor des IZA-Forschungsprogramms aufgegeben. Caliendo war insgesamt vier Jahre in verschiedenen Funktionen für das IZA tätig. Institutsdirektor *Klaus F. Zimmermann* würdigte die Arbeit Caliendos als „sehr dynamisch, fachlich exzellent und gleichzeitig politiknah. Die Forschungsagenda des IZA hat stark von seinen Impulsen profitiert." Caliendo wird auch künftig eng mit dem IZA zusammenarbeiten und unter anderem für die wissenschaftliche Auswertung des IZA-Evaluationsdatensatzes verantwortlich bleiben. Zudem übernimmt er die Aufgaben des IZA-Programmdirektors für den Forschungsbereich Evaluation. Diesen thematischen Schwerpunkt wird er künftig gemeinsam mit *Gerard van den Berg* (Universität Mannheim) leiten.

Kommende **IZA Veranstaltungen**

| | | |
|---|---|---|
| 23.–29. 04. 2012 | 15th IZA European Summer School in Labor Economics | Fristende: 18. 01. 2012 |
| 27.–29. 04. 2012 | 4th Annual Meeting on the Economics of Risky Behaviors (AMERB) | Fristende: 13. 01. 2012 |
| 31. 05.–03. 06. 2012 | 11th IZA/SOLE Transatlantic Meeting of Labor Economists | Fristende: 16. 01. 2012 |
| 20.–22. 09. 2012 | 24th Annual Conference of the European Association of Labour Economists (EALE) | Fristende: 01. 02. 2012 |

» Meinung

# Arbeit für die Jugend

Klaus F. Zimmermann

Für die westlichen Industrienationen, aber auch für viele Entwicklungs- und Schwellenländer, ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine der zentralen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre. Im Kern geht es dabei um die Frage, ob das deutsche oder das amerikanische Ausbildungsmodell besser geeignet ist, junge Menschen auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vorzubereiten.

In den USA gilt eine vierjährige College-Ausbildung seit jeher als Grundstein einer erfolgreichen Karriere. Dafür sparen viele Eltern angesichts immenser Studiengebühren schon ab Geburt des Kindes. Allerdings lässt sich bezweifeln, ob dieser Ansatz für das Gros der Menschen der richtige ist.

Laut aktuellen US-Daten treten 70 Prozent der Highschool-Absolventen ein College-Studium an. Würde ein nennenswerter Anteil von ihnen einen Abschluss in Chemie, Informatik oder Elektroingenieurwesen erreichen, hätten die USA keinen Grund, nervös auf Indien oder China zu blicken. Doch die Realität sieht anders aus: Nur drei von fünf US-Studenten schließen ihr Studium innerhalb von sechs Jahren mit einem Bachelor-Titel ab. Erstaunlich hoch ist also der Anteil junger Menschen, die bestenfalls mit einem Schulabschluss und minimaler Praxiserfahrung ins Berufsleben starten. So überrascht nicht, dass die Jugendarbeitslosigkeit in den USA mehr als doppelt so hoch ausfällt wie die Quote für die Gesamtbevölkerung – während sie in Deutschland nur wenig über der Gesamtquote liegt.

In Deutschland entscheiden sich etwa zwei Drittel der jungen Menschen unter 22 Jahren für eine meist dreijährige Lehre, die eine betriebliche Ausbildung mit der technisch orientierten Berufsschule kombiniert. Die vergleichsweise guten Jobchancen nach bestandener Lehre zeigen, dass berufsspezifische Qualifikationen entsprechend nachgefragt werden.

Dennoch behaupten viele internationale Experten, darunter prominente US-Ökonomen, die deutsche Berufsausbildung bereite unzureichend auf die komplexen Herausforderungen der modernen Arbeitswelt vor. Dabei wird die Vielseitigkeit des dualen Systems, das neben wichtigen technologischen Konzepten auch betriebswirtschaftliche Grundlagen und angewandte Analysefähigkeiten vermittelt, oft unterschätzt.

Die Lehre deutscher Prägung ist weit mehr als eine betriebsinterne Ausbildung. Sie vermittelt arbeitsmarktnahe Fähigkeiten und bietet einen reibungslosen Übergang von der Schule ins Berufsleben. In Zeiten klammer öffentlicher und privater Haushalte kann eine konsequente, zukunftsorientierte Berufsausbildung hohe Renditen abwerfen. Denn die enorme finanzielle Belastung eines Studiums fällt weg.

Vieles deutet darauf hin, dass die deutsche Strategie – mit ihrer Kombination aus akademischer Exzellenz und durchdachten berufsnahen Optionen außerhalb der Universitäten – dem US-amerikanischen Ansatz überlegen ist, der die akademische Lehre in den Vordergrund stellt und die praktische Ausbildung gerade in den Zukunftsbranchen vernachlässigt. Zudem unterstreicht der Erfolg des deutschen Modells, dass eine nachhaltige Beschäftigungsstrategie die Langzeitinteressen der Menschen mit denen der Unternehmen und der Gemeinschaft in Einklang bringen muss, um den Wohlstand der nachfolgenden Generationen nicht aufs Spiel zu setzen.

Institut zur Zukunft der Arbeit

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Mark Fallak, Holger Hinte
Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 223
Fax: +49 (0) 228 - 38 94 510
E-Mail: compact@iza.org
Internet: www.iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Druck: Güll GmbH, Lindau
Layout: IZA